

MATERIALSAMMLUNG

zum Thema Umgang mit Prostitution / Umgang mit Prostituierten seitens des Vereins „Frauenrecht ist Menschenrecht“ (FiM) unter dem besonderen Aspekt der vom Prostituiertenschutzgesetz geforderten Neutralität bei Informations- und Beratungsgesprächen für Sexarbeiter/innen

Nachfolgende Materialsammlung stellt Aussagen zum Umgang von FiM mit Prostitution bzw. Prostituierten zusammen. Sie bezieht sich dabei auf Publikationen von FiM sowie der FiM-Geschäftsführerin, Elvira Niesner, aus den Jahren 1997 bis 2017 sowie auf Stellungnahmen gegenüber Medien. Zu den zitierten Publikationen von FiM / Niesner gehören u.a.:

- E. Niesner / Anonuevo / Aparicio / Sonsienchai-Fenzl, Ein Traum vom besseren Leben, 1997
- E. Niesner, Zur veränderten Rolle von NGOs im Kontext von Frauenhandel, 1998
- E. Niesner, 20 Jahre Frauenrechte, 2001
- E. Niesner, Frauenhandel in Europa, 2001
- E. Niesner, Selbstverwirklichung oder Fremdbestimmung? Arbeits- und Gewaltverhältnisse in der Prostitution, in: Prostitution: Zwang oder Beruf?, 2006
- E. Niesner, Stellungnahme FiM – Frauenrecht ist Menschenrecht e.V., Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zu „Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa“, Berlin 21.05.2014
- E. Niesner, Armutsprostitution – eine gesellschaftliche Herausforderung, 2014

Die Materialien belegen, dass FiM eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber Prostitution einnimmt und sich diese Ablehnung auch auf die Wahrnehmung und den Umgang mit Prostituierten erstreckt. Es ist daher abwegig und unzutreffend anzunehmen, dass sich die grundsätzliche Ablehnung von Prostitution konfliktfrei mit einem „akzeptierenden Beratungsansatz“ gegenüber Prostituierten verbinden lasse.

Anhand sieben ausgewählter Themenkomplexe ergibt sich, dass man FiM alles nachsagen kann, nur keine „Neutralität“ im Hinblick auf Prostitution und Sexarbeiter/innen.

Die in die Materialsammlung einbezogenen sieben Themengebiete sind:

1. FiM: Christliche Ausrichtung gegen Prostitution
2. FiM: Ausschließlich negative Stereotype über Prostitution und (ausländische) Prostituierte
3. Prostitutionsgegnerschaft durch die Strategie „pars pro toto“
4. Dramatisierung von Prostitution im Widerspruch zu nachprüfbaren Fakten
5. FiM als Lobby-Organisation für eine staatliche Bevormundung von Sexarbeiter/innen
6. Einseitiger Fokus auf Prostitutions-Ausstieg
7. FiM-Selbstverständnis: Jenseits von Neutralität gegenüber Prostitution

1. FiM: Christliche Ausrichtung gegen Prostitution

Die Organisation FiM ist ausweislich ihrer Satzung eine Vereinigung, deren Handeln von christlicher Prostitutionsgegnerschaft geprägt ist. So heißt es in § 2 der Satzung von FiM:

*„Zweck des Vereins ist, **auf der Grundlage des Verständnisses des Menschen als Ebenbild Gottes**, alle Ansätze zu fördern, die darauf hinwirken, Menschen – besonders Frauen – **vor Käuflichkeit** und Entwürdigung **zu schützen**. Er wird damit **in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe** im Sinne der Diakonie tätig.“*

(Quelle: <http://www.fim-frauenrecht.de/de/ueber-uns/satzung.html>)

„Schutz vor Käuflichkeit“ steht für Gegnerschaft zur Prostitution. Diese Zielrichtung des Vereins FiM ist insofern bemerkenswert, als deren Leiterin, Frau E. Niesner, in einer Publikation von 1997 sehr klar und deutlich auf die „**diskriminierende Wirkung**“ des „**Stereotyps der Käuflichkeit**“ hinwies. Das „Stigma der Käuflichkeit“ (S. 264), so Niesner, richte sich insbesondere gegen ausländische Migrantinnen, die unter Inanspruchnahme kommerzieller Vermittlung die Ehe mit einem deutschen Mann eingingen oder aber in die Prostitution migrierten und dort arbeiteten. Niesner sah in dem vornehmlich gegen Frauen gerichteten Vorwurf der Käuflichkeit eine „klischeehafte Zuordnung“ sowie eine „diskriminierende Standardzuschreibung“:

„Die Vorstellung, dass jemand gekauft sei, spricht der betroffenen Person Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit ab und macht sie damit zur Projektionsfläche für die vielfältigsten Phantasien.“ (S. 172)

(alle vorangegangenen Zitate aus: Elvira Niesner u.a., 1997, Ein Traum vom besseren Leben)

Der Verein FiM wendet sich in seiner Vereinssatzung nicht etwa gegen das „Stigma der Käuflichkeit“, sondern gegen eine „besonders Frauen“ betreffende „Käuflichkeit“, vor der diese geschützt werden müssten. Damit bedient der Verein exakt das Stereotyp, das die damals für Öffentlichkeitsarbeit von FiM zuständige und heutige Geschäftsführerin, E. Niesner, seinerzeit zu Recht kritisiert hat.

Zwischenergebnis: Eine „diskriminierende Standardzuschreibung“ ist damit Grundlage der Vereinsarbeit von FiM. Das hängt mit der kirchlichen Einbindung von FiM zusammen.

In § 1 der Satzung von FiM heißt es:

*„Der Verein ist **Mitglied im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau e.V.**“*

Das evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. hat von Grund auf ein **angespanntes Verhältnis zu Prostitution**, was sich aus der christlichen Position zu Sexualität ergibt. So erklärte Maria Loheide vom Bundesvorstand der Diakonie am 29.04.2016:

*„**Wo steht die Diakonie?** Ich kann Ihnen versichern, meine sehr verehrten Damen und Herren: Bei der Diskussion um die Wertung und die rechtliche Einordnung von Prostitution gehen die Meinungen unter evangelischen Christ*innen und innerhalb der Diakonie vielfach auseinander und es wird heftig gestritten. Und wenn es um **Prostitution** geht, geht es immer auch um das Verhältnis zur Sexualität. **Sexualität gehört nach christlicher Auffassung zur Geschöpflichkeit und ist damit von Gott gegeben**. Zugleich unterliegt sie der Verantwortung des Menschen. Übereinstimmend wird Sexualität heute als **ein ganzheitliches***

Geschehen gesehen, in dem sich zwei Menschen gleichberechtigt als Personen, als Individuen begegnen. Diese Begegnung, diese Beziehung schließt wechselseitigen Respekt und Verantwortung für einander mit ein.“ **Dieses Verständnis sexueller Begegnungen trifft auf Prostitution nicht zu:** „Bei ihr bleibt das Sexuelle auf die Seite des Freiers beschränkt. Die Beziehung – was immer sich in der Phantasie des Freiers abspielen mag – ist ein Dienstvertrag seiner eigenen Art, getauscht wird Arbeit gegen Geld.““

(Quelle: https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Ueber_Uns_PDF/290416Einrichtung_Prostitution.pdf)

Die Position der Diakonie zur Prostitution wird verständlich vor dem Hintergrund, dass die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) Träger der Diakonie ist. Die **EKD** wiederum hat ihre offizielle Position zur Prostitution in einer „Stellungnahme des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland zu der Anfrage des Verwaltungsgerichts Berlin (35. Kammer) vom 14. August 2000 zur ‚Sozialethischen Position der Prostitution‘“ wie folgt vorgetragen:

*„Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich in ihrer ‚Denkschrift zu Fragen der Sexualethik‘ von 1971 ausführlich mit der Thematik der Prostitution beschäftigt und ausgeführt, dass die Kirche es **mit der Würde der Frau für unvereinbar** hält, wenn ihr Körper zur käuflichen Ware gemacht wird. Deshalb kann die Kirche Prostitution auch nicht als einen „normalen Beruf“ betrachten. **Gleichwohl gilt der Seelsorgeauftrag allen Menschen, auch Prostituierten**.... Zu dieser Hilfe sollte auch gehören, der Prostituierten trotz bestehen bleibender Sittenwidrigkeit der Prostitution eine gewisse rechtliche Sicherheit zu bieten. **Die Sittenwidrigkeit kann vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes nicht in Frage gestellt werden.**“*

Diese Ausführungen, in denen die Amtskirche wie seit Jahrhunderten für sich in Anspruch nimmt zu definieren, was die Würde einer Frau ausmacht, verdeutlichen insbesondere mit dem grundsätzlichen Bekenntnis zur so genannten „Sittenwidrigkeit“ von Prostitution das seinerzeit, aber auch gegenwärtig nach wie vor angespannte Verhältnis zur Prostitution.

Der Verein FiM ist seit seiner Gründung bis heute organisatorisch und ideell **eingebunden in kirchliche Strukturen**. FiM ist 1980 als „Ökumenische Asiengruppe“ aus dem Weltgebetstag entstanden (20 Jahre FiM, S. 75). Die Mitbegründerin und langjährige Vorstandsvorsitzende, Frau Gertrud Mehrens, war Mitglied der Synode der Nordelbischen Kirche. FiM ist seit 1998 Mitglied der ‚Arbeitsgemeinschaft im Diakonischen Werk der EKD zu Prostitution und Menschenhandel‘. FiM arbeitet u. a. mit im Fachrat der Frauenarbeit im Kirchenkreis Ost der Nordkirche, im Ökumenischen Frauensalon an der Missionsakademie Hamburg der Nordelbischen Kirche, im Arbeitskreis „Migration und Interkulturelle Arbeit“ der Diakonie in Hessen und Nassau. Als eines der drei „Hauptstandbeine“ seiner Finanzierung bezeichnet FiM die Finanzierung durch die Evangelische Kirche (EKHN und DWHN).

In einer 1999 veröffentlichten Broschüre dieser Arbeitsgemeinschaft heißt es:

*„Unmittelbar aus dem Weltgebetstag 1980 ist so z.B. die Ökumenische Asiengruppe (heute: FiM) in Frankfurt mit einer Beratungsstelle hervorgegangen, später kamen weitere Fachberatungsstellen dieser Art hinzu. In Kirche und Diakonie gibt es heute zehn spezialisierte Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel, für die die **Evangelische Frauenarbeit** Koordinations- und Vernetzungsaufgaben übernimmt.“*
(zit. nach: Prostitution und Menschenhandel – eine Herausforderung für Kirche und Diakonie, S. 16)

Zu den Grundlagen der Arbeit im Bereich der Prostitution heißt es dort:

*„Dabei eint uns die **Vorstellung von Sexualität**, die ganzheitlich in verbindlichen Beziehungen gelebt wird, die durch Liebe und Verantwortung gekennzeichnet sind. **Diese Vision schließt Ausbeutung und sexualisierte Gewalt, inklusive der käuflichen sexuellen Dienste aus.** Der Warencharakter, den die **Prostitution** der Sexualität verleiht, widerspricht der Würde des Menschen. Nach **christlicher Auffassung** ist das Ziel der einseitigen Triebbefriedigung ebenso fragwürdig wie die **Käuflichkeit von Sexualität**. Das gilt insbesondere angesichts der massiven, kriminellen und menschenverachtenden Methoden, mit denen viele Frauen zur Prostitution gezwungen werden.... **Diakonie lebt im Horizont des Reiches Gottes.** Gottes Verheißungen prophezeien uns einen „neuen Himmel und eine neue Erde“ (Offbg 21). **Diakonisches Handeln** lebt von der Vision einer gerechteren und besseren Welt, in der die Beziehungen zwischen den Menschen erneuert werden. Aus dieser Hoffnung gewinnt diakonisches Handeln Perspektiven für das Miteinander. Deshalb ist es notwendig, aufklärend und beratend für eine Kultur der Gegenseitigkeit und Mitmenschlichkeit und für gleichberechtigte Beziehungen der Liebe zwischen Mann und Frau in unserer Gesellschaft einzutreten. (S. 6)*

2015 schrieb der **Landesverband Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V.:**

*„Elvira Niesner, die Geschäftsführerin **unseres Mitgliedsverbands „Frauenrecht ist Menschenrecht e. V.“ (FIM)**, erklärt in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zu „Menschenhandel und Prostitution in Europa“, dass politisches Handeln nicht umhinkomme, Prostitution in ihrer vielseitigen gesellschaftlichen Realität zu begegnen. Oberstes Ziel sei die Wahrung der Menschenwürde durch Einhaltung der Menschenrechte. Frauen sollten darin unterstützt werden, den **Ausstieg aus der Prostitution** zu schaffen oder aber ein professionelles Selbstmanagement aufzubauen. **In dieser Diskussion fühlen wir uns als Landesverband von FIM sehr gut vertreten.**“*
(zit. nach: <http://www.evangelischefrauen.de/news-landesverband/items/kein-beruf-wie-jeder-andere-stellungnahme-zur-aktuellen-debatte-um-das-prostituiertenschutzgesetz.html>)

Dass die Diakonie in Deutschland gegenwärtig ein Verbot von Prostitution ablehnt bzw. einen „**akzeptierenden Ansatz**“ in der Arbeit mit Prostituierten für sich reklamiert (vgl. https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Journal_PDF/Thesenpapier_Prostitution-20151007.pdf), widerspricht der ablehnenden Haltung gegenüber Prostitution nicht. Die Akzeptanz von Prostituierten ist lediglich eine taktische Attitüde, ohne die die Diakonie ansonsten keinen Zugang zu dem betreffenden Personenkreis hätte. (siehe auch Punkt 7, FiM-Selbstverständnis)

Ergebnis: Vor dem Hintergrund der in der Vereinssatzung festgeschriebenen grundsätzlichen Ablehnung von Prostitution kann nicht davon ausgegangen werden, dass FiM eine Gewähr bietet für die vom Gesetzgeber geforderte Neutralität im Informations- und Beratungsgespräch mit Sexarbeiter/innen.

2. FiM: Ausschließlich negative Stereotype über Prostitution und (ausländische) Prostituierte

Für die Organisation FiM war und ist Prostitution durchgängig mit Makeln und sind Prostituierte stets mit gravierenden Mängeln behaftet. Diese von keinen empirischen Erkenntnissen erschütterte Grundpositionierung ist konsequent, wenn man die christliche Ausrichtung der Organisation FiM vor Augen hat.

Ganz gleich, welche Nationalität - ob Frauen aus Thailand, den Philippinen, aus Kolumbien, Brasilien, aus der Dominikanischen Republik, Nigeria und zuletzt Rumänien und Bulgarien: stets und durchgängig sind diese Frauen, sofern sie in der Prostitution tätig sind, von FiM / Niesner als von Zwängen getriebene und geplagte „**Opfer**“ dargestellt und diskriminiert worden. Aufgrund ihrer Defizite seien sie stets unfähig, sich dieser Situation zu erwehren, blieben also permanent Objekte von Ausbeutung und Gewalt.

Diese Sichtweise wurde bereits 1997 in der Publikation „Ein Traum vom besseren Leben“ von Niesner u.a. erkennbar. Bezeichnend der Fokus, unter dem diese Publikation seinerzeit verfasst wurde:

*Zunächst behandeln wir die verschiedenen Arbeitsbedingungen in der Prostitution. Das **Augenmerk** wird auf **mögliche Abhängigkeiten und Druckmittel** gerichtet, die eine Grundlage für Ausbeutung sein können.“ (S. 151)*

Dafür schienen den Autorinnen 15 Seiten ausreichend. Gerade mal 10 Prostituierte wurden darin nach ihren Erfahrungen befragt, darunter keine einzige „Zwangsprostituierte“, da zu ihnen „keine Kontakte hergestellt werden“ konnten! (S. 150)

Weder die geringe Zahl der Befragten, noch die Tatsache, dass diese ohne „Zuhälter“ in Kenntnis ihrer Illegalität finanziell erfolgreich arbeiteten, konnten verhindern, dass Niesner pauschal „**innere Nöte und Zwänge**“ (S. 157) ausmachte, um die herum von den Migrantinnen eine „**Fassade der Vernunftentscheidung**“ aufgebaut“ worden sei. (S. 157).

*„Gleichzeitig ist das Spektrum der **finanziellen Zwänge**, denen die Frauen ausgesetzt sind, breit. Sie fliehen aus wirtschaftlichen Krisenregionen, in denen es für sie unmöglich ist, ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften.“ (S. 157)*

In der Prostitution seien sie sodann vielfach einem „Kommunikationszwang“ (S. 152) ausgesetzt. Mit großer Akribie haben Niesner u.a. die vermeintlichen **Defizite von Frauen in der Prostitution** herausgearbeitet:

*„Sie haben **kaum eine Vorstellung** von anderen Verdienstmöglichkeiten und sehen auch keine ähnlich lukrative Alternative.“ (S. 158)*

Hinzu käme „**subtile Gewalt**“, eher auf psychischer Ebene“ (S. 159), was von den Frauen aber systematisch verschleiert und verdrängt werde.

*„Überhaupt werden negative Seiten der Tätigkeit **verschleiert**, subtiler Zwang und psychischer Druck **verdrängt**.“ (S. 171)*

Hinzu komme infolge „des **fehlenden professionellen Berufsbildes**“ eine „mangelnde Kenntnis über Gesundheitsgefahren und ansteckende Krankheiten“. (S. 171) Niesner u.a. zeichnen das Bild der mehrheitlich unverantwortlich agierenden und an sachlicher Information desinteressierten Migrantinnen:

*„Die **meisten Frauen** hatten sich keine konkreten Vorstellungen und **kaum Gedanken über das Leben in der Bundesrepublik gemacht**. ... Deutlich handelt es sich hierbei um einen völlig **oberflächlichen und klischeehaften Wissenstand**, in dem Hoffnungen und Wünsche derart dominieren, dass sogar ein Interesse an sachlicher und kritischer Information zurückgedrängt zu sein scheint.“ (S. 78/79)*

Das vernichtende Gesamturteil über die Prostitutionstätigkeit durch Niesner u.a. kann nicht mehr verwundern:

*„Auch in den Arbeitsbedingungen der relativ frei tätigen Prostituierten lassen sich die **Voraussetzungen für Zwang und Ausbeutung**, sowie **Ansätze von Unterdrückung** erkennen. Denn auch diese Frauen haben zum Teil große finanzielle Verpflichtungen zu tragen und stehen unter ausländerrechtlichen Zwängen. **Die Profiteure der Sexgeschäfte kontrollieren auch sie.**“ (S. 170)*

Hier wird in unzulässiger Weise ein auf Pauschalisierungen basierendes **Negativ-Klischee** über Prostitutionsmigrantinnen entworfen und verfestigt. Die (ausländische) Prostituierte wird der Öffentlichkeit als tendenziell unwissend, problembelastet und hilfsbedürftig und damit als „**Opfer**“ präsentiert – ganz gleich, aus welchem Land sie kommt.

Niesner / FiM waren sich sehr wohl bewusst, dass sie die Prostitutionsmigrantinnen durch Zuschreibung der Opferrolle gegen deren Willen stigmatisierten. So erklärten die Autoren der Publikation von 1997:

„Wäre es in der Untersuchung nur um die Opferperspektive gegangen, hätten sich viele Frauen gar nicht erst interviewen lassen.“ (S. 25)

Unmissverständlich sprach Niesner dies als FiM-Vertreterin auf dem Vernetzungstreffen von agisra 1998 aus:

„Die überwältigende Mehrheit der Migrantinnen, die wir ideologisch verbrämt in der breiten Definition zu Opfern von Frauenhandel zählen, sehen sich selbst keineswegs in dieser Rolle, geschweige denn, wollen sie als Opfer von Menschenhandel befreit werden.“
(zit. nach Niesner, Zur veränderten Rolle von NGOs im Kontext von Frauenhandel; in agisra e.V., Dokumentation der agistra-Vernetzungstreffen, 1998, S. 121)

Und 2001 schrieb Niesner zu NGOs, die gegenüber Migrantinnen mit Stereotypen arbeiten:

*„Die Frauen in verschiedenen Lebenslagen, ähnlichen oder auch unterschiedlichen Zwängen und Bedingungen ausgesetzt, werden wie eine homogene Gruppe behandelt, sie werden **pauschal zu Opfern stigmatisiert**. Dies obwohl die Betroffenen oft selbst ihre Lage und ihre Situation ganz anders einschätzen.“*
(zit. nach Niesner in: 20 Jahre Frauenrechte, 2001, S. 25)

Doch die Stigmatisierung von Prostituierten ging noch weiter. So wurden Prostitutionsmigrantinnen von Niesner der Kumpanei mit Kriminellen bezichtigt und damit das Negativ-Klischee weiter verfestigt. So wurde Prostitutionsmigrantinnen 1997 angelastet, dass sie eine „**unkritische Haltung**“ gegenüber kommerziellen Vermittlungsorganisationen als Migrationshelfer einnehmen. Migrantinnen in die Ehe oder in die Prostitution warf sie

pauschal vor, „die Realität der Gewinnorientierung (von Vermittlungsorganisationen) ausblenden“ und damit „**tendenziell ihre Eigenverantwortung nicht (zu) bedenken**“ (S. 69). Pauschal monierte Niesner die „unkritische Haltung der philippinischen Bevölkerung“ gegenüber Heiratsvermittlern, die sie „eher unter dem Fokus der Chance zur Ausreise..., denn als kriminelle Organisationen“ sehen würden. (S. 206). Den mit deren Hilfe migrierenden Frauen warf Niesner vor, „**kriminelle Strukturen hinzunehmen**“: „**Die Frauen beurteilen Vermittlernetze sehr unkritisch.**“ (S. 264) Sie seien nur auf ihren materiellen und sozialen Erfolg fixiert, den sie mit der Migration verbinden, und „**nehmen dafür sogar Praktiken der illegalen Einreise und der Ausbeutung hin**“ (S. 258)

*„Die Frauen fühlten sich für die ‚Hilfe‘ zum Dank verpflichtet. Nicht zuletzt deshalb sind viele Frauen im Konfliktfall auch **nicht aussagebereit und erschweren damit die Strafverfolgung.**“ (S. 83)*

Bis Mitte des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts wurde die Wahrnehmung von Prostitutionsmigrantinnen als Teil bzw. Opfer krimineller Gewaltstrukturen seitens FiM immer wieder mit ihrem illegalen Aufenthaltsstatus in Verbindung gebracht:

*„Die **Probleme der Migrantinnen in der Prostitution** sind oft geknüpft an ihre **nicht-legale Aufenthaltssituation**, sowie an ihre spezifischen Lebensbedingungen im Milieu.“ (FiM-Festschrift „20 Jahre für Frauenrechte“, S. 112).*

Doch mit dem **Wandel der ethnischen / nationalen Zusammensetzung in der Prostitution** – statt Frauen aus Thailand, der Karibik und Lateinamerika kamen immer mehr Frauen aus Osteuropa, insbesondere aus Rumänien und Bulgarien – änderte sich mit der EU-Osterweiterung auch die ausländerrechtliche Problematik. Die angeblich in der Prostitution dominierenden Phänomene von Ausbeutung, Zwang und Gewalt ließen sich nun nicht länger mit Illegalität und daraus resultierender „Erpressung“ und „Angst“ vor Aufdeckung des illegalen Status erklären.

Darauf reagierte FiM und entwickelte als Ersatz für das bisherige Klischee der „ausgebeuteten illegalen Migrantin“ in der Zeit von 2007 und 2014 das nicht weniger problematische **Narrativ der „Armutspromitierten“**. Das Bild der (**legalen**) „**Armutspromitierten**“ ersetzte im öffentlichen Diskurs fortan das Bild der aufgrund von Illegalität in Ausbeutungs- und Zwangsverhältnissen befindlichen migrantischen „**Zwangspromitierten**“.

Dieser Paradigmenwechsel geschah in Anlehnung an das ausländerfeindliche **Klischee** der aus Rumänien und Bulgarien bevorstehenden „**Armutsmigration**“, das 2013/14 bundesweit Aufsehen erregte.

Exkurs zur Debatte um „Armutsmigration“

Insbesondere der Deutsche Städtetag brachte 2013 das Ängste und Abwehr auslösende Stereotyp einer zunehmenden „**Armutszuwanderung**“ insbesondere aus **Rumänien und Bulgarien** in Umlauf und löste damit eine heftige Kontroverse in der Öffentlichkeit aus.

Recherchen und Veröffentlichungen der damaligen Jahre zeigten jedoch bald, dass es tatsächlich keine Belege für die vermutete bzw. befürchtete „Armutszuwanderung“ gab:

- Die **Zahl der Zuzüge** aus beiden Ländern wurde bei gleichzeitiger Unterschlagung der Zahl der Abwanderung von Menschen aus diesen Ländern diskutiert. Zudem rechnete man die

Saisonarbeiter hinzu, die bald wieder abwanderten.

- Ein großer Teil der Menschen aus Rumänien und Bulgarien wanderte in **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** ein, generierte also Beiträge für die Sozialkassen.
- Insbesondere aus Bulgarien kamen viele Menschen, um **an deutschen Hochschulen** zu studieren (allein 7.000 im WS 2011/12).
- Die **Arbeitslosigkeit** unter Bulgaren und Rumänen erwies sich als deutlich niedriger als unter den Ausländern im Allgemeinen.
- Während 2012/13 im bevölkerungsreichen Deutschland 324.000 Bulgaren und Rumänen lebten, waren es in **Spanien und Italien** jeweils über eine Million.
- Nur jeder 10. Bulgare und Rumäne war Mitte 2013 **arbeitslos oder Aufstocker nach Hartz IV**. Dieser Wert liegt unter dem aller Ausländer, der bei 15 % lag.
- Der **Anteil der eingewanderten Hochqualifizierten** aus Bulgarien und Rumänien im Alter von 25 – 44 Jahre lag mit 21 % über dem der Mehrheitsbevölkerung (18 %), worauf der Sachverständigenrat für Integration und Migration in seinem Jahresgutachten 2013 hinwies.

Diese und andere Fakten belegten, dass die These der sogenannten „Armutszuwanderung“ nicht haltbar war und nur dazu diente, vermeintliche Gefahren von Zuwanderung in den Mittelpunkt zu rücken. (vgl. u. a. Michael Lausberg, Bulgarien und Rumänien: „Die Lüge von der Armutsmigration“

<http://www.migazin.de/2014/03/03/bulgarien-rumaenien-luege-armutsmigration/>)

In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion musste die Bundesregierung schließlich den gegenteiligen Einlassungen des damaligen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) widersprechen:

*„Die Bundesregierung teilt die ... Auffassung, dass es sich bei der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien **nicht in erster Linie** um sogenannte ‚Armutsmigration‘ handelt.“*

(vgl. „Ministerium räumt ein: Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien ist in erster Linie keine Armutsmigration, <http://www.migazin.de/2013/05/03/zuwanderung-rumaenien-bulgarien-armutsmigration/>; vgl. auch: „Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien: Fakten statt Populismus, <https://www.sueddeutsche.de/politik/zuwanderung-aus-rumaenien-und-bulgarien-fakten-statt-populismus-1.1852891>)

„Aus Armutsmigration wird Armutsprostitution“

All dies hinderte die Organisation FIM nicht daran, mit der These von der so genannten „Armutsprostitution“ an die **ausländerfeindliche Kampagne gegen „Armutsmigration“** anzuknüpfen:

*„In Folge der EU-Osterweiterung – insbesondere seit 2007 – hat sich der Prostitutionsmarkt stark verändert. **Aus Armutsmigration wird Armutsprostitution**. Armutsprostitution bedeutet, die Frauen haben **extrem nachteilige biographische Voraussetzungen** (fehlende Schul- und Berufsbildung, frühe Gewalterfahrungen, Mutterschaft im Jugendalter, Probleme bei der Existenzsicherung...), ihnen **fehlt ein gutes Selbstmanagement** (keine Gesundheitsversorgung, Geschlechtsverkehr ohne Kondom, mangelnde Deutschkenntnisse, ohne Zukunftsplanung...) **Inakzeptable „Markt“ gesetze und -bedingungen** (Dumpingpreise, extrem hohe tägliche Freierzahlen, Gewalterfahrungen...) bestimmen ihr Leben.“*

(zit. nach Elvira Niesner, Stellungnahme FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e.V., Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zu „Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa“, Berlin 21.05.2014; <https://www.fim-frauenrecht.de/images/pdf/Menschenrechtsausschuss-Stellungnahme-Niesner.pdf>)

Die Konstruktion der so genannten „Armutprostituerten“ bedeutete einen **Paradigmenwechsel**, einen Formwandel der Stigmatisierung, nicht aber deren Einstellung.

Was man sich unter einer „**Armutprostituerten**“ vorzustellen hat, wird auf der Website von FiM in geradezu idealtypischer Ausprägung dargestellt und **erfüllt alle Kriterien eines rassistischen Stereotyps**. Dort heißt es:

Armutprostitution

FIM bringt ihre Expertise in der Streetwork verstärkt ein und ist seit Oktober 2015 für die hessenweite Vernetzung und Qualifizierung von Streetwork in der Armutprostitution zuständig.

Armutprostitution hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Zumeist handelt es sich um junge Frauen aus Bulgarien oder Rumänien, die auf der Suche nach Existenzsicherung und einem besseren Leben nach Deutschland kommen, hier aber aufgrund ihres niedrigen Bildungsstandes, einer fehlenden Berufsausbildung und fehlender Deutschkenntnisse, keine Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt haben. Aus Armutmigration wird Armutprostitution.

Oft haben diese Frauen aus Bulgarien und Rumänien schon als Kinder und Jugendliche große Gewalt erlebt. Die Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern macht sie zu leichten Opfern von Menschenhändlern, Zuhältern, profitierenden „Freunden“ und Familienangehörigen, die sie in die Prostitution drängen oder zwingen.

Deutschland ist hierfür besonders attraktiv. Neben dem vergleichsweise hohen Wirtschaftsniveau innerhalb der Europäischen Union erweckt sicherlich auch das Prostitutionsgesetz (im Januar 2002 in Kraft getreten) den Eindruck, dass legal und unkompliziert in diesem Gewerbe Geld verdient werden kann.

Phänomene der Armutprostitution in Deutschland

Die Armutprostitution hat das Geschäft mit dem Sex in Deutschland stark verändert. Folgende Phänomene sind zu beobachten:

-Die Frauen aus den neuen EU-Ländern sind meist jung und unerfahren und oft nicht dazu in der Lage, ihr Leben in Deutschland selbst zu organisieren.

In der Regel haben sie eine schlechte Schulbildung bzw. keine berufliche Bildung oder Erfahrung. Manche Frauen sind nicht alphabetisiert.

-Viele Frauen sprechen wenig oder kein Deutsch und können demzufolge ihre Dienstleistung nicht wirklich verhandeln oder kommunizieren.

Die Frauen gehören oft zu den ethnischen Minderheiten der Roma in Rumänien und Bulgarien oder der türkischen Gruppen in Bulgarien.

Die Frauen zeigen mangelhafte Professionalität im Gewerbe. Dumpingpreise korrelieren mit fehlendem Selbstschutz und Selbstsorge.

Häufig wird ungeschützter Geschlechtsverkehr praktiziert.

Eine gesundheitliche Versorgung existiert nicht. Die Frauen haben in der Regel keine Krankenversicherung und finden alleine keinen Zugang zu öffentlichen medizinischen Diensten.

Die Frauen sind in Deutschland aufenthaltsrechtlich legal tätig (Freizügigkeit), zugleich sind sie unsichtbar. Der Teufelskreis besteht darin, dass die Frauen in der Armutprostitution oft weder einen Wohnsitz (angemeldet) haben noch über eine Steuernummer bzw. Identifikationsnummer verfügen. Weil sie sich nur „informell“ und nicht offiziell als Erwerbstätige oder in Deutschland Aufhältige bewegen, ist es für sie nur

schwer möglich, eine reguläre, alternative Erwerbsarbeit zu finden bzw. soziale Ansprüche geltend zu machen.

Die Frauen sind an Händler-, Zuhälter-, Verwandtschafts- und sogenannte "Freundes"-Netzwerke gebunden. Kontrolle, Ausbeutung und Gewalt durch Dritte sind an der Tagesordnung.

Es zeigt sich eine hohe Fluktuation in den Bordellen, Clubs, Wohnungen etc. Die Frauen werden von ihren Zuhältern von einem Land zum anderen, von einer Stadt in die andere gebracht, um ihre Abhängigkeit zu erhöhen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass viele dieser Frauen bei ihrer Einreise wussten, dass sie als Prostituierte arbeiten werden. Obwohl rechtlich möglich (Prostitutionsgesetz, EU-Freizügigkeit), sind sie dennoch in der Regel weder unabhängig, selbständig noch selbstbestimmt tätig. Vielmehr werden sie von Zuhältern kontrolliert und wirtschaftlich ausgebeutet. Die Übergänge zum Straftatbestand des Menschenhandels sind fließend.

(zitiert nach: <https://www.fim-frauenrecht.de/de/was-bewegt-uns/armutsprostitution.html>)

Hier wird in pauschalisierender Weise der Versuch unternommen, Frauen aus zwei osteuropäischen Nationalitäten, die in der Prostitution tätig sind, in Gänze als dumm, ja geradezu grenzdebil und unfähig, ihr Leben zu meistern, darzustellen. FiM erstellt hier einen **Katalog der Defizite**, der systematisch mit Frauen aus zwei osteuropäischen Ländern konnotiert wird, sofern sie in der Prostitution arbeiten. Hier verbinden sich Prostitutionsgegnerschaft und Rassismus bis zur Kenntlichkeit: Die betroffenen Frauen werden von FiM als **Gefahr für sich selbst** (fehlender Selbstschutz) und die gesamte Gesellschaft stigmatisiert. Sie werden porträtiert als **Gefahr für die Allgemeinheit**, als Türöffner für Ausbeutung, Gewalt und Kriminalität.

Es kann nicht darum gehen in Abrede zu stellen, dass manche Frauen in der Prostitution, aber auch in anderen Berufen, einzelne der hier skizzierten „Phänomene“ aufweisen und repräsentieren.

Was aber in jeder Hinsicht unzulässig ist, ist das **Fabrizieren ausländischer Stereotype speziell im Hinblick auf Prostitution**, die in pauschalisierender Manier sämtliche Frauen aus Rumänien und Bulgarien in einer klischeehaften Art und Weise porträtieren und an den Pranger stellen. Bezeichnenderweise gibt es hierzulande keine vergleichbare Typisierung analog der „Armutspromituierten“ für andere Berufszweige. Es gibt zwar einen Niedriglohnsektor (wo Einnahmen in der Regel deutlich unterhalb der aus der Prostitution generierten Einkommen liegen), aber es gibt keine Bezeichnungen wie „Armutspflegekraft“, „Armutsbauarbeiter“ oder „Armutstreinigungskraft“ etc.

Die von FiM vorgenommene und interessiert verbreitete Typisierung der „Armutspromituierten“ hat eindeutig eine stigmatisierende Funktion. Sie erinnert zudem fatal an eine Neuauflage der Konstruktion des „slawischen Untermenschen“.

3. Prostitutionsgegnerschaft durch die Strategie „pars pro toto“

Das Stereotyp der „Armutspromituierten“ dient dem Zweck einer unzulässigen Verallgemeinerung: das einzelne Fallbeispiel steht für das Ganze, pars pro toto.

Diese **unzulässige Pauschalisierung** wird von FiM in **doppelter Weise** betrieben:

- (1) alle rumänischen und bulgarischen Frauen in der Prostitution gelten per se als „Armutspromituierte“ (weil sie aus Rumänien und Bulgarien kommen!) und
- (2) in Deutschland tätige Promituierte sind tendenziell allesamt „Armutspromituierte“, da sie mehrheitlich aus Osteuropa kommen.

Für den ersten Punkt sei nur ein Beleg exemplarisch vorgenommen.

Der Frankfurter Kriminalhauptkommissar Jürgen Benz erklärte 2014 gegenüber der Zeitung „Die Welt“:

*„Von den rund 1200 Huren, die sich jeden Tag in Frankfurt aufhalten, sind nach Schätzungen der Polizei etwa **70 Prozent Bulgarinnen oder Rumäninnen** – zumindest in den Bordellen. Darüber hinaus ist das Dunkelfeld hoch.“*

(vgl.: <https://www.welt.de/regionales/hessen/article133559027/Frauen-verkaufen-Koerper-fuer-immer-weniger-Geld.html>, 23.10.2014)

FiM-Leiterin Elvira Niesner machte daraus in erkennbar dramatisierender Absicht folgende Aussage:

*„Je nach Jahreszeit bieten in Frankfurt - so Fachleute - jeden Tag zwischen 1500 und 2500 Promituierte ihre Dienste an. Mehr als **70 Prozent** davon ist nach Einschätzung Niesners **Armutspromituierte**.“*

(Quelle: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Kondom-Pflicht-Neue-Regeln-fuers-Frankfurter-Rotlichtviertel;art675,2710675> 17.07.2017)

Mit anderen Worten: Nach den Kriterien von FiM sind 70 % der in Frankfurt tätigen Promituierten sind „oft nicht dazu in der Lage, ihr Leben in Deutschland selbst zu organisieren“, „haben eine schlechte Schulbildung bzw. keine berufliche Bildung“, können ihre Dienstleistung „nicht wirklich verhandeln oder kommunizieren“, zeigen „mangelhafte Professionalität“ und „fehlenden Selbstschutz“, „finden alleine keinen Zugang zu öffentlichen medizinischen Diensten“, bei ihnen ist Gewalt durch Dritte „an der Tagesordnung“, sie werden von „Zuhältern von einer Stadt in die andere gebracht“ und sind „in der Regel weder unabhängig, selbständig noch selbstbestimmt tätig“: „Die Übergänge zum Straftatbestand des Menschenhandels sind fließend.“

Ein **neutraler Umgang mit Promituierten** würde ganz sicher anders aussehen. Er hat es nicht nötig, sich simplifizierender Klischees bzw. rassistischer Stereotype zu bedienen, um eine offenbar missliebige (weil der Prostitution nachgehende) Personengruppe auf diese Weise für unfähig und minderwertig zu erklären und sie obendrein noch pauschal dem Verdacht der Verwicklung in kriminelle Machenschaften auszusetzen.

Der Theorie nach unterscheidet FiM in der Prostitution drei Gruppen: (1) Frauen, die selbstbestimmt tätig sind, (2) Frauen, die sich aufgrund einer existenziellen Notlage und einer psycho-sozialen Zwangssituation zur Prostitution entschieden haben

(Armutprostituiertere) und (3) Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden (Opfer von Menschenhandel). (vgl. Elvira Niesner, Stellungnahme FiM, 21.05.2014, S. 1)

Doch die hier von FiM getroffene Unterscheidung hat nicht einmal theoretischen Wert. Da sowohl die Grenzen zwischen „Armut“- und „Zwangsprostitution“ als auch die Grenzen zwischen „freiwilliger“ Prostitution und Zwangsprostitution als „fließend“ bezeichnet werden und die angeblich „weniger als 10 %“ ausmachenden selbstbestimmt tätigen Frauen in der Prostitution dies nur „aufgrund von Perspektivlosigkeit und mangelnden Erwerbsalternativen“ machen, mithin auch nicht wirklich „freiwillig“ (FiM-Stellungnahme, S. 2), verzichtet FiM in der tagtäglichen Praxis, in Pressestellungen und Vereinsverlautbarungen auf vermeintlich unnötige Differenzierungen.

Da FiM „die Probleme pointiert“ darstellen möchte, würde man eben „bewusst auf manche Differenzierung verzichten“ (FiM-Stellungnahme, 2014, S. 2) Die Darstellung der heutigen Prostitution reduziert sich somit de facto auf die Darstellung der „Armutprostituiertere“. Pars pro toto eben: Prostitution = Armutprostituiertere = Zwangsprostitution.

Dass dem so ist, soll nachfolgend eine kleine Auswahl von FiM-Statements der letzten Jahre belegen. Sie ist natürlich nicht vollständig. Aber eines ist ganz gewiss: Eine nicht mit Negativ-Stereotypen über Prostitutionsmigrantinnen arbeitende Öffentlichkeitsarbeit von FiM gibt es definitiv nicht.

2009

„Wie sieht die Ausbeutung von Frauen in diesem Gewerbe aus?“

Niesner: Das beginnt bei **wahnsinnig hohen Zimmermieten und Abgaben**, die sie an die Betreiber der Etablissements und an **Zuhälter** zahlen müssen bis hin zu **körperlicher Gewalt**. Viele Frauen werden **in die Verschuldung getrieben**, ihnen werden übermäßige Abgaben aufgebürdet, die sie abarbeiten müssen. Oft jahrelang. Nach dem deutschen Gesetz spricht man von Menschenhandel, wenn eine Prostituierte über 50 Prozent ihres Verdienstes an einen Betreiber oder Zuhälter abgeben muss. Uns sind aber auch Fälle bekannt, da bekommt eine Frau von 300 Euro Verdienst am Tag gerade mal 50 Euro ab – und dafür muss sie zehn Freier bedienen.

Welche Frauen sind besonders gefährdet?

Niesner: Seit der EU-Osterweiterung trifft es meistens Frauen aus Ost-Europa. Sie sind **häufig sehr jung, haben eine geringe Schul- und Berufsbildung, sprechen nicht unsere Sprache, kennen sich in Deutschland nicht aus, sind in Händler- und Zuhälternetze eingebunden und haben keine Kenntnisse von ihren Rechten**. Hinzu kommt, dass die Frauen permanent das Bordell oder den Ort der Prostitution wechseln (müssen), so dass sie sich nirgends eingewöhnen und möglicherweise selbständig machen können. Aus ihrer Notsituation heraus sind diese Frauen oft mit wenig Geld zufrieden, denn im Herkunftsland liegt ihre Einkommensmöglichkeit bei null.“

(Quelle: <https://www.bild.de/news/2009/wirklichkeit-viel-schlimmer-9126958.bild.html>, 24.07.2009)

2014

„Seit der EU-Osterweiterung hat sich in Deutschland der Prostitutionsmarkt stark verändert. Die meisten Mädchen und Frauen ohne Deutschkenntnisse, mit denen Elvira Niesner zu tun hat, stammen aus Bulgarien und Rumänien. **Sie kommen aus Kinderheimen oder haben bereits in der Familie Erfahrung mit Gewalt gemacht**. In der Regel haben sie eine schlechte Schulbildung und keine Berufserfahrung. Die Frauen haben keine

Krankenversicherung, **sie können nicht einfach zum Arzt gehen**. Zudem sind die Preise für sexuelle Dienstleistungen stark gesunken. Oft wollen die Freier Sex ohne Kondom. "Dadurch steigt das **Risiko für Geschlechtskrankheiten**", berichtet Niesner."

(https://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_menschenrechte/Prostitution/Interview/in dex.jsp, 09.07.2014)

„Für Elvira Niesner von der Beratungsorganisation Frauenrecht ist Menschenrecht (FIM) ein typisches Schicksal. „**Armuts- und Zwangsprostitution ist oft das Gleiche**“, sagt sie. „Die Frauen bleiben in der Situation, machen es aber nicht freiwillig.“ ... „Viele Frauen wissen nicht, woher sie sonst Geld bekommen könnten“, beschreibt Niesner die Notlage der Prostituierten. Die **Abhängigkeit von ihren Partnern oder Zuhältern** mache es den Frauen oft unmöglich, sich eine Alternative aufzubauen. ... Viele der Prostituierten kommen aus ärmsten Verhältnissen, **haben früh Gewalt erfahren und kaum Schulbildung**, sprechen weder Deutsch noch Englisch – und **bringen oft ihre Zuhälter mit**, erläutert Niesner.“

(Quelle: <https://www.welt.de/regionales/hessen/article133559027/Frauen-verkaufen-Koerper-fuer-immer-weniger-Geld.html>, 23.10.14)

„Frau Niesner berichtete, dass **erzwungene und ausbeuterische Prostitution** durch die **Armutsmigration** im Rahmen der EU Osterweiterung **zugenommen** hat. „Von sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution sind fast ausschließlich **junge, zum Teil minderjährige Frauen** betroffen, sie kommen aus prekären familiären Verhältnissen, sind oft **ohne Schul- und Berufsausbildung, ihnen fehlt eine Erwerbsalternative**. Armutsmigration ist zu Armutsprostitution geworden.“ so Niesner.

(Quelle: <http://www.fu-rheingau-taunus.de/aktuelles/fu-rheingau-taunus-und-main-taunus-1/>, 21.11.2014)

2015

„Doch die Bedingungen unter denen die Huren dort arbeiten haben sich seit der zweiten EU-Osterweiterung **immer weiter verschlechtert**. „Eigentlich war die **Zahl der Zuhälter** geringer. Doch seitdem sind es mehr geworden“, sagt Elvira Niesner. Sie ist Chefin des Vereins „FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht“ und kümmert sich um Prostituierte, bietet Beratungen an und vermittelt Hilfen, etwa wenn sie aus der Szene aussteigen wollen. „Mittlerweile haben bulgarische Frauen den Straßenstrich in ihrer Hand“, sagt Niesner. Und mit ihnen seien die **Probleme der Zuhälter** verstärkt aufgetaucht: „Die Frauen haben kein Geld, weil sie alles sofort abliefern müssen. Zudem arbeiten sie auch wenn sie krank sind, weil sie dazu gezwungen werden.“ Dadurch **achteten die Prostituierten nicht auf ihre Gesundheit**, stünden etwa bei Minusgraden spärlich bekleidet am Straßenrand. „Außerdem werden unsere Beraterinnen vor Ort manchmal nach Essen gefragt, weil die Frauen hungrig sind.“ Krankheiten würden folglich auch nicht behandelt. Und durch den Freierdruck arbeiteten viele der Prostituierten sogar ohne Kondom. „Aber auch die **Situation in den Bordellen im Rhein-Main-Gebiet** ist nicht viel anders“, weiß Niesner. „Auch dort **habe die Zahl der Zuhälter mit der Armutsprostitution zugenommen**.“ Jetzt fordert Niesner konkrete Maßnahmen von der Stadt und den zuständigen Behörden:

(Quelle: <https://www.extratipp.com/aufreger/mehr-zuhaelter-strassenstrich-stadt-frankfurt-handelt-nicht-4793745.html> 7.3.2015)

„Dass viele Prostituierte „in einem **erbärmlichen Gesundheitszustand**“ sind, betont auch Elvira Niesner. Sie ist die Leiterin von „FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht“. Der Verein hat in Frankfurt seine Räume in der Nähe des Straßenstrichs; von hier ziehen am Abend Streetworkerinnen los, um die Frauen auf der Straße und in den Laufhäusern mit Kondomen zu versorgen, sie zu beraten und Hilfen zu vermitteln. Die Sozialarbeiterinnen sprechen die Sprachen der Frauen, die auch nach Jahren im Land kein Deutsch können. Niesner beschreibt den Wandel auf dem Sexmarkt ebenfalls als **dramatisch**, das **Ausmaß an Ausbeutung, sexueller Fremdbestimmung und Gewalt**. „Viele Frauen wissen noch nicht

*einmal, in welcher Stadt sie sich gerade befinden“, erzählt die Soziologin und schüttelt dabei den Kopf, als könne sie es selbst nicht glauben. **Zuhälter** verfrachten die jungen Frauen von einem Bordell ins nächste, um den Kunden Abwechslung zu bieten – „Frischfleisch“ heißt das in der Branche. So isoliert, lassen sich die Frauen leichter ausbeuten. „**Sie wissen nicht, dass Prostitution in Deutschland legal ist, dass sie auch ohne Zuhälter arbeiten dürfen.**“ ... „Die größte Gruppe sind die **Armutspromitierten**“, betonen dagegen die Frauen von FIM. Dass sich die Politik nun stärker um den **schäbigen Teil der Realität** kümmern will, begrüßen sie.“*

(Quelle: <http://www.fr.de/panorama/prostitution-die-angst-laeuft-immer-mit-a-489824>, 20.03.2015)

*Der Verein mit Sitz in Frankfurt hilft Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution. Die Geschäftsführerin Elvira Niesner berichtet, dass Gabriela in ihrer Heimat eine Ausbildung machte und irgendwann selbst den Kontakt zu FIM suchte. **Viele Opfer hätten dagegen keine Schulbildung. „Sie verfügen weder über die Selbstständigkeit noch über den Mut, sich aus ihrer Zwangslage zu befreien.“***

*Elvira Niesner betont, **dass der Menschenhandel in Frankfurt eine größere Rolle spielt als noch vor ein paar Jahren.** Seit der Osterweiterung der Europäischen Union seien immer mehr Frauen aus Ländern wie Rumänien und Bulgarien in die Armutspromitution geraten. „Das ist ein Problem, das sich verfestigt und verstärkt hat“, sagt Niesner. **Menschenhandel gehöre zu den negativen Begleiterscheinungen der Armutsmigration.** Verantwortlich seien nicht immer organisierte Gruppen, sondern häufig auch Einzeltäter mit zwei, drei Frauen. „Wir haben oft mit Opfern zu tun, die ausgebeutet werden, Geld abgeben und sich trotzdem nicht aus ihrer Lage befreien.“*

*FIM, so berichtet die Leiterin, führe im Jahr mehrere 1000 Kontaktgespräche mit Promitierten, vor allem in Bordellen und auf dem Straßenstrich. Etwa 100 Frauen würden jährlich im Rahmen des Opferschutzprogrammes beraten und unterstützt, weil sie von Menschenhändlern ausgebeutet wurden. **Die Zahl der Frauen, die Opfer sind und ihre Zuhälter decken, sei aber weitaus größer.** „Es gibt ein sehr großes Dunkelfeld“, sagt Elvira Niesner. Viele Zuhälter brächten die jungen Frauen mit Drohungen und Gewalt zum Schweigen. „**Sie schlagen ihnen zum Beispiel auf den Kopf**, weil sich die Freier an sichtbaren Wunden an anderen Stellen stören könnten.“ Dass die Opfer den Kontakt zur Polizei scheuen, sei „symptomatisch“.*

(Quelle: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Prostitution-Menschenhandel-floriert-in-Frankfurt;art675,1382990>, 04.05.2015)

*„Am vergangenen Dienstagabend versammelten sich über 20 Frauen im Rahmen der monatlichen Gesprächsrunden der Frauen AG im Club Voltaire in Frankfurt, um Encarni Ramírez Vegas **Bericht über Armutspromitution** zuzuhören. Ramírez Vega ist Sozialarbeiterin bei FIM (Frauenrecht ist Menschenrecht). Diese Organisation führt unter anderem Streetwork durch, indem die Sozialarbeiterinnen als direkte Ansprechpartnerinnen zu den promitierten Frauen in die Bordelle gehen. Laut Selbstauskunft ihrer Homepage ist FIM seit 1999 die Koordinierungsstelle für Opferschutzarbeit gegen Menschenhandel in Hessen. Frau Ramírez Vega gab zunächst einen Überblick über die Bereiche der Prostitution – sie unterschied dabei zwischen der selbstbestimmten Prostitution, Armutspromitution und Menschenhandel. **Sie ging auf das Elend ein**, mit dem die FIM-Frauen bei ihrer Arbeit konfrontiert sind: **sehr junge Frauen, zum Teil Analphabetinnen, werden mit Drohungen in die Prostitution gebracht und gehalten.**“*

(Quelle: <http://abolition2014.blogspot.com/2015/06/sisyphosarbeit-gegen-das-elend-eine-fim.html>, 04.06.2015)

2016

Auch auf der Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunale Frauenbüros und Gleichstellungsstellen am 21.10.2016 wusste FIM-Mitarbeiterin Encarni Ramirez Vega über Sexarbeiter/innen pauschal nur Negatives zu berichten:

Als „Armutspromitierte“ aus den neuen EU-Ländern seien sie „jung und unerfahren“, „oft nicht dazu in der Lage, ihr Leben in Deutschland selbst zu organisieren“, „in der Regel haben sie eine schlechte Schulbildung“, „sprechen wenig oder kein Deutsch und können demzufolge ihre Dienstleistung nicht wirklich verhandeln oder kommunizieren“, „zeigen mangelnde Professionalität im Gewerbe“, „Dumpingpreise korrelieren mit fehlendem Selbstschutz und Selbstsorge“. „Die Frauen sind an Händler-, Zuhälter-, Verwandtschafts- und sogenannte „Freundes“- Netzwerke gebunden. Kontrolle, Ausbeutung und Gewalt durch Dritte sind an der Tagesordnung. „Obwohl rechtlich möglich (Prostitutionsgesetz, EU-Freizügigkeit), sind sie dennoch **in der Regel weder unabhängig, selbständig noch selbstbestimmt tätig**. Vielmehr werden sie **von Händlernetzen und von Zuhältern kontrolliert und wirtschaftlich ausgebeutet**. Die Übergänge zum Straftatbestand des Menschenhandels sind fließend“.

(Quelle: „Ganzheitliches Konzept zur sozialen und gesundheitlichen Beratung von Armutspromitierten am Beispiel der Stadt Marburg“, https://www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/08_projekt_ii_doku_bag_tagung_prostituiertenschutzgesetz2016_mai2017.pdf)

2017

„Für das Anschaffen hätten sie sich zwar bewusst entschieden, doch das aus einer Armut heraus, sagt Jürgens. „Die Frauen stehen **unter einem totalen Druck**.“ Hinter den Promitierten steht in vielen Fällen der **eigene Ehemann oder Freund, der oftmals auch als Zuhälter fungiert**.“

(Quelle: https://merkurist.de/frankfurt/rotlichtmilieu-so-ergeht-es-den-promitierten-auf-dem-frankfurter-strassenstrich_cgv, 16.03.2017)

„Je nach Jahreszeit bieten in Frankfurt - so Fachleute - jeden Tag zwischen 1500 und 2500 Promitierte ihre Dienste an. **Mehr als 70 Prozent davon ist nach Einschätzung Niesners Armutspromition**. Diese Frauen hätten **keine geregelten Arbeits- und Lebensbedingungen** und müssten einen großen Teil ihrer **Einkünfte an Zuhälter** abgeben.“

(Quelle: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Kondom-Pflicht-Neue-Regeln-fuers-Frankfurter-Rotlichtviertel:art675.2710675> 17.07.2017)

„Encarni Ramirez von „Frauenrecht ist Menschenrecht“ (FIM), einer Beratungsstelle für neu zugewanderte EU-Bürgerinnen, berichtet von jungen Promitierten, die in den vergangenen Jahren in großer Zahl aus Osteuropa nach Frankfurt gekommen sind, **wenig Lebenserfahrung** mitbringen und deshalb ihren **Freiern und Zuhältern meist schutzlos ausgeliefert** sind. Sie arbeiten nicht selten ohne feste Unterkunft, ohne Krankenversicherung und ohne Arbeitsnachweis.“

(Quelle: <https://www.evangelischesfrankfurt.de/magazin/politik-welt/ordnungspolitik-statt-sozialpolitik-arbeitsuchende-aus-osteuropa-haben-fast-keine-chance/>, 20.11.2017)

Die Belegstellen dokumentieren, dass FiM über Prostitution (1) stets nur selektiv und (2) stets nur in negativ-abwertender Form spricht. Prostitutionsmigration aus Rumänien und Bulgarien wird qua Nationalität mit Armutspromition gleichgesetzt, und Prostitution als solche wird in der öffentlichen Debatte auf „Phänomene der Armutspromition“ reduziert.

4. Stigmatisierende Dramatisierung von Verhältnissen in der Prostitution im Widerspruch zu nachprüfbaren Fakten

FiM belässt es nicht bei dem **Stigma der „Armutprostituerten“**, die aufgrund „struktureller und individueller Zwänge“ in die Prostitution geraten. Man kombiniert dieses Stigma mit dem **Klischee** einer zwangsläufig damit einher gehenden **kriminellen Gewalt**, der Prostituierte vonseiten der „Zuhälter“ und „Menschenhändler“ ausgesetzt seien.

Schon bei den auf der FiM-Website zusammengestellten „Phänomenen der Armutprostitution“ wird dabei dick aufgetragen: So sei **„Ausbeutung und Gewalt durch Dritte ... an der Tagesordnung“**, seien die Frauen **„an Händler-, Zuhälter-, Verwandtschafts- und sogenannte "Freundes"-Netzwerke gebunden“** und würden von ihren **Zuhältern** von einem Land zum anderen, von einer Stadt in die andere gebracht, um ihre Abhängigkeit zu erhöhen“. Ergebnis: **„Die Übergänge zum Straftatbestand des Menschenhandels sind fließend.“**

(<https://www.fim-frauenrecht.de/de/was-bewegt-uns/armutsprostitution.html>)

Offenbar misstraut FiM dem eigenen, relativ nebulösen Verweis auf **„strukturelle und individuelle Zwänge“** bei Armutprostituerten und will auf die Behauptung eines regelmäßig vorliegenden, von dritten Personen ausgeübten strafrechtlich relevanten Zwangs nicht verzichten, weil nur dies die von FiM für notwendig erachtete strafrechtliche Verfolgung von Personen in der Prostitution garantiert.

Die Aussagen, die FiM diesbezüglich trifft, sind eindeutig und unmissverständlich:

FiM spricht von **„wahnsinnig hohen Zimmermieten und Abgaben, die sie an die Betreiber der Etablissements und an Zuhälter zahlen müssen bis hin zu körperlicher Gewalt.“** (Quelle: <https://www.bild.de/news/2009/wirklichkeit-viel-schlimmer-9126958.bild.html>, 24.07.2009) **„Viele der Prostituierten kommen aus ärmsten Verhältnissen, haben früh Gewalt erfahren und kaum Schulbildung, sprechen weder Deutsch noch Englisch – und bringen oft ihre Zuhälter mit, erläutert Niesner.“** (Quelle: <https://www.welt.de/regionales/hessen/article133559027/Frauen-verkaufen-Koerper-fuer-immer-weniger-Geld.html>, 23.10.14) **„Frau Niesner berichtete, dass erzwungene und ausbeuterische Prostitution durch die Armutmigration im Rahmen der EU Osterweiterung zugenommen hat.“** (Quelle: <http://www.fu-rheingau-taunus.de/aktuelles/fu-rheingau-taunus-und-main-taunus-1/>, 21.11.2014) **„Eigentlich war die Zahl der Zuhälter geringer. Doch seitdem sind es mehr geworden“, sagt Elvira Niesner. ... „Mittlerweile haben bulgarische Frauen den Straßenstrich in ihrer Hand“, sagt Niesner. Und mit ihnen seien die Probleme der Zuhälter verstärkt aufgetaucht. ... „Aber auch die Situation in den Bordellen im Rhein-Main-Gebiet ist nicht viel anders“, weiß Niesner. „Auch dort habe die Zahl der Zuhälter mit der Armutprostitution zugenommen.“** (Quelle: <https://www.extratipp.com/aufreger/mehr-zuhaelter-strassenstrich-stadt-frankfurt-handelt-nicht-4793745.html> 7.3.2015) **„Elvira Niesner betont, dass der Menschenhandel in Frankfurt eine größere Rolle spielt als noch vor ein paar Jahren. Seit der Osterweiterung der Europäischen Union seien immer mehr Frauen aus Ländern wie Rumänien und Bulgarien in die Armutprostitution geraten. „Das ist ein Problem, das sich verfestigt und verstärkt hat“, sagt Niesner. Menschenhandel gehöre zu den negativen Begleiterscheinungen der Armutmigration.“** (Quelle: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Prostitution-Menschenhandel-floriert-in-Frankfurt;art675,1382990>, 04.05.2015) **„Je nach Jahreszeit bieten in Frankfurt - so Fachleute - jeden Tag zwischen 1500 und 2500 Prostituierte ihre Dienste an. Mehr als 70 Prozent davon ist nach Einschätzung Niesners Armutprostitution. Diese Frauen hätten keine geregelten Arbeits- und Lebensbedingungen und müssten einen großen Teil ihrer**

Einkünfte an Zuhälter abgeben.“(Quelle: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Kondom-Pflicht-Neue-Regeln-fuers-Frankfurter-Rotlichtviertel;art675,2710675> 17.07.2017)

Wenn „Zuhälterei“, „Menschenhandel“ und „Ausbeutung in der Prostitution“ mit der steigender Armutspstitution Hand in Hand gehen und daher ebenfalls im Zunehmen begriffen sind, wie Niesner und die Organisation FiM es seit Jahren immer wieder öffentlich behaupten, so müsste das in der **Kriminalstatistik** in irgendeiner Form seinen Niederschlag finden. Zumal dann, wenn die Organisation FiM seit nunmehr 20 Jahren (seit 1999) die „Hessische Koordinierungs- und Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel“ ist, sich aufgrund ihres streetworks eines vertrauensvollen Kontakts zu Tausenden von „Armutspstituierten“ rühmt und ständig und intensiv mit der Polizei kooperiert.

Doch die Zahlen der Hessischen Kriminalstatistik (Quelle: <https://www.polizei.hessen.de/ueber-uns/statistik/kriminalstatistik/>) weisen in eine völlig andere Richtung, als es die Aussagen von FiM erwarten lassen.

TABELLE: Kriminalstatistik Hessen (2008 – 2017): **Straftatbestand der Zuhälterei**

Jahr	„ZUHÄLTEREI“ (§ 181a StGB)		
	Fälle	Tatverdächtige	mutmaßliche Opfer
2008	35	46	41
2009	8	8	13
2010	27	26	27
2011	14	13	16
2012	22	25	23
2013	21	30	35
2014	17	17	18
2015	17	19	18
2016	20	21	20
2017	13	15	15
08-12	106	118	120
13-17	88	102	106
	- 17%	- 14 %	- 12 %

Anmerkungen zu „Zuhälterei“ in Hessen:

- **Zuhälterei rückläufig:** Für die Jahre 2008 bis 2017, ein Zeitraum, in dem laut Aussagen von FiM die „Armutspstitution“ und mit ihr die so genannte „Zuhälterei“ in Hessen angeblich angestiegen sein soll, zeigt die offizielle Kriminalstatistik tatsächlich die gegenteilige Entwicklung: Die Zahl der wegen „Zuhälterei“ angezeigten Personen, aber auch der davon betroffenen mutmaßlichen Opfer schwankt, ist aber tendenziell im Sinken begriffen. Das belegt der Vergleich der beiden 5-Jahres-Zeiträume 2008 – 2012 und 2013 – 2017.
- **15 bis 20 angezeigte Tatverdächtige und mutmaßliche Opfer pro Jahr:** Die Zahl der mutmaßlichen Opfer als auch die der wegen Zuhälterei angezeigten Personen liegt gegenwärtig in Hessen pro Jahr bei etwa 15 bis 20.
- **ca. 4 wegen „Zuhälterei“ pro Jahr verurteilte Personen:** Wenn man bedenkt, dass nach der Bundesverurteilten-Statistik des Bundesamtes für Statistik in Wiesbaden lediglich 18 % der Tatverdächtigen im Kontext von Zuhälterei nach einem

Gerichtsprozess als erwiesene Täter verurteilt werden, so dürfte – wenn diese Relation in dieser Weise auch für Hessen gilt – pro Jahr von max. 4 verurteilten Zuhältern auszugehen sein.

- **ca. 4 gerichtlich erwiesene Opfer pro Jahr:** Da das Täter-Opfer-Verhältnis annähernd bei 1:1 liegt, ist in Hessen von einer ebenso niedrigen Zahl erwiesener Opfer von „Zuhälterei“ auszugehen. Bei geschätzten 5.000 in Hessen tätigen Sexarbeiter/innen handelt es sich damit um eine Zahl im absoluten Promillebereich.
- **„Dunkelfeld“:** Selbst wenn man hilfsweise von einem 100%-Dunkelfeld ausgehen würde, bliebe die Zahl der jährlich wegen „Zuhälterei“ in Hessen verurteilten Personen einstellig.

Ergebnis: Die öffentlichen Andeutungen von FiM hinsichtlich einer ständigen Zunahme von „Zuhälterei“ als Begleitphänomen im Kontext von „Armutprostituierung“ erweist sich somit als Chimäre und unzulässige Dramatisierung. Wer öffentlich so argumentiert, kann für sich nicht in Anspruch nehmen, der Prostitution neutral gegenüberzustehen.

TABELLE: Kriminalstatistik Hessen (2008 – 2017): **Straftatbestand „Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung“**

Jahr	„MENSCHENHANDEL“ (§ 232 StGB)				
	Fälle	Tatverdächtige	mutmaßliche Opfer		
			insgesamt	davon: 14-18 J.	davon: 18-21 J.
2008	44	68	68	5	28
2009	51	65	65	8	29
2010	51	55	55	6	25
2011	58	53	62	2	16
2012	65	75	69	3	23
2013	41	47	42	5	16
2014	36	38	42	3	17
2015	28	53	42	4	17
2016	26	37	29	4	7
2017	29	34	31	5	6
08-12	269	316	319	24	121
13-17	160	209	186	21	63
	- 41%	- 34 %	- 42 %		

Anmerkungen zu „Menschenhandel“ in Hessen:

- **Menschenhandel stark rückläufig:** Für die Jahre 2008 bis 2017, ein Zeitraum, in dem laut Aussagen von FiM die „Armutprostituierung“ und mit ihr der „Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung“ zugenommen haben soll, zeigt auch hier die offizielle Kriminalstatistik eine deutlich gegenteilige Entwicklung: Die Zahl der wegen „Menschenhandel“ angezeigten Personen, aber auch der davon betroffenen mutmaßlichen Opfer ist erkennbar rückläufig. Das belegt der Vergleich der beiden 5-Jahres-Zeiträume 2008 – 2012 und 2013 – 2017.
- **ca. 45 % der mutmaßlichen Opfer unter 21 Jahre:** 229 von 505 mutmaßlichen Opfern von Menschenhandel in Hessen sind es nur aufgrund des Alters (45 %). Sie sind unter 21 Jahre alt. In all diesen Fällen kann, aber muss kein Zwang und keine Gewalt im Spiel sein. Es reicht die bloße Zugehörigkeit zur Altersgruppe der unter 21-Jährigen, um sie als Opfer von „Menschenhandel“ zu klassifizieren.

- **30 bis 40 angezeigte Tatverdächtige und mutmaßliche Opfer pro Jahr:** Die Zahl der mutmaßlichen Opfer als auch die der wegen „Menschenhandel“ angezeigten Personen schwankt in Hessen gegenwärtig pro Jahr um die 30 bis 40.
- **ca. 7 verurteilte Täter pro Jahr:** Wenn man bedenkt, dass nach der Bundesverurteilten-Statistik des Bundesamtes für Statistik in Wiesbaden auch hier lediglich 18 % der Tatverdächtigen nach einem Gerichtsprozess als erwiesene Täter verurteilt werden, so dürfte – wenn diese Relation in gleicher Weise auch für Hessen gilt – pro Jahr von etwa 7 wegen Menschenhandels verurteilter Personen auszugehen sein.
- **ca. 7 gerichtlich erwiesene Opfer pro Jahr:** Da das Täter-Opfer-Verhältnis im Großen und Ganzen bei 1:1 liegt, ist in Hessen von einer ebenso niedrigen Zahl erwiesener Opfer von „Menschenhandel“ auszugehen. Bei geschätzten 5.000 in Hessen tätigen Sexarbeiter/innen handelt es sich damit um eine Zahl im absoluten Promillebereich.
- **„Dunkelfeld“:** Selbst wenn man hilfsweise von einem 100-%-Dunkelfeld ausgehen würde, bliebe die Zahl der jährlich wegen Menschenhandels in Hessen verurteilten Personen mit rund 14 Personen marginal.

Ergebnis: Die Aussagen von FiM über eine mit dem Anwachsen von Armutsprostitution einhergehende Zunahme von „Menschenhandel“ widersprechen den Fakten und erweisen sich als unzulässige Dramatisierung. Wer öffentlich so argumentiert, der kann für sich nicht in Anspruch nehmen, der Prostitution und den Prostituierten neutral gegenüberzustehen.

TABELLE: Kriminalstatistik Hessen (2008 – 2017): **Straftatbestand „Ausbeutung von Prostituierten“**

AUSBEUTUNG von PROSTITUIERTEN (§ 180a StGB)			
Jahr	Fälle	Tatverdächtige	mutmaßliche Opfer
2008	7	8	8
2009	3	6	3
2010	3	1	3
2011	7	9	8
2012	2	1	2
2013	-	-	-
2014	4	6	4
2015	2	1	2
2016	4	4	4
2017	1	1	3
08-12	22	25	24
13-17	11	12	13
	- 50%	- 52 %	- 46 %

Anmerkungen zu „Ausbeutung von Prostituierten“ in Hessen:

- **„Ausbeutung von Prostituierten“ marginal und rückläufig:** Für die Jahre 2008 bis 2017, ein Zeitraum, in dem laut Aussagen von FiM die „Armutsprostitution“ und mit ihr die Ausbeutung von Prostituierten in Hessen angeblich angestiegen sein soll, zeigt

die offizielle Kriminalstatistik erneut die gegenteilige Entwicklung: Die Zahl der wegen „Ausbeutung von Prostituierten“ angezeigten Personen, aber auch der davon betroffenen mutmaßlichen Opfer fällt. Das belegt der Vergleich der beiden 5-Jahres-Zeiträume 2008 – 2012 und 2013 – 2017.

- **ca. 2 bis 4 angezeigte Tatverdächtige und mutmaßliche Opfer pro Jahr:** Die Zahl der mutmaßlichen Opfer als auch die der wegen „Ausbeutung von Prostituierten“ angezeigten Personen liegt gegenwärtig pro Jahr bei etwa 2 bis 4.
- **Im Promillebereich:** Bei geschätzten 5.000 in Hessen tätigen Sexarbeiter/innen handelt es sich damit um eine Zahl im absoluten Promillebereich.
- **„Dunkelfeld“:** Selbst wenn man hilfsweise von einem 100-%-Dunkelfeld ausgehen würde, bliebe die Zahl der jährlich wegen „Ausbeutung von Prostituierten“ in Hessen verurteilten Personen extrem marginal.

Die Zahlen und Daten der bundesweiten Kriminalstatistik sowie des „Bundeslagebilds Menschenhandel“ weisen im Übrigen seit Jahren bereits sehr eindeutig in die gleiche Richtung wie in Hessen. Hessen ist somit kein Sonderfall in Deutschland.

Die **Gegenüberstellung** der Ergebnisse der Hessischen Kriminalstatistik und der Aussagen der Organisation FiM werfen Fragen auf und lassen **Zweifel an der Seriosität und Neutralität von FiM** als durchaus berechtigt erscheinen:

- **Schlussfolgerung 1: „Keine Armutsprostitution“:** Hält man an der Annahme fest, dass „Armutsprostitution“ - wie von FiM behauptet - regelmäßig mit einer Zunahme von „Zuhälterei“, „Menschenhandel“ und „Ausbeutung“ von Prostituierten einhergeht, so kann man aus der vorliegenden Daten der Hessischen Kriminalstatistik mit ihren sinkenden Zahlen bezüglich Fällen, Tatverdächtigen und Opfern bei „Rotlicht-Kriminalität“ nur den Schluss ziehen, dass in Hessen entgegen den Aussagen von FiM gar keine „Armutsprostitution“ vorliegt. Das freilich würde die Seriosität von FiM in Frage stellen.
- **Schlussfolgerung 2: „Armutsprostitution ohne kriminelle Strukturen“:** Wenn man aber weiterhin von der Existenz einer so genannten „Armutsprostitution“ ausgeht, die aber de facto und entgegen den Behauptungen von FiM gar nicht mit der Zunahme von „Zuhälterei“, „Menschenhandel“ etc. einhergeht, so läge hier nicht nur ein Fall von kontinuierlicher Desinformation seitens FiM, sondern damit verbunden eine unzulässige Dramatisierung hinsichtlich krimineller Strukturen in der Prostitution vor.
- **Schlussfolgerung 3: „Ineffektivität der Arbeit von FiM“:** Würde man aber an allen von FiM behaupteten Annahmen hinsichtlich Armutsprostitution und steigender Kriminalität weiterhin festhalten, so wären die seit Jahren sinkenden Zahlen bezüglich Fälle, Tatverdächtige und Opfern bei „Rotlicht-Kriminalität“ in Hessen ein schlagender Beweis für die Ineffektivität der mittlerweile 20-jährigen Zusammenarbeit mit der Organisation FiM im Bereich Opferschutz mit der Polizei und anderen Institutionen.

Selbstredend teilt FiM keine der genannten, wenig schmeichelhaften Schlussfolgerungen.

Um die aufgezeigte Diskrepanz zwischen den eigenen fragwürdigen Annahmen und den Ergebnissen der Hessischen Kriminalstatistik zu erklären, schiebt sie mit Verweis auf die **Uneinsichtigkeit** und vermeintlich **mangelnde Kooperationsbereitschaft** die ganze Problematik den ausländischen Sexarbeiter/innen in die Schuhe. Angeblich seien sie unfähig, sich gegen ihre eigenen Peiniger zur Wehr zu setzen. Damit würden sie aktiv die Strafverfolgung behindern. (siehe auch MATERIALIEN S. 7)

Dieses auf Stigmatisierung und Diskriminierung ausländischer Sexarbeiterinnen fußende Argumentationsschema hat bei FiM – wie vorne belegt – schon seit Jahren Tradition. Es entspricht dem öffentlich gepflegten Negativbild von Prostitution und hat darüber hinaus den Vorzug, Organisationen wie FiM vor einer kritischen Revision der eigenen fragwürdigen Grundannahmen zu immunisieren und sie vor öffentlicher Kritik bzw. Geldentzug seitens öffentlicher Stellen zu bewahren.

Die Schlussfolgerung von FiM, die Prostitutionsmigrantinnen der Blauäugigkeit, wenn nicht der Kumpanei mit Kriminellen bezichtigt, begründet hingegen eine für FiM mit Sicherheit lukrative Polizeikooperation.

Diese beinhaltet schon immer den so genannten „Opferschutz“, der für die von FiM betreuten Migrantinnen geradezu eine Umerziehung mit einschließt:

*„Wir leiten **bewußtseinsbildende Prozesse zur Annahme der Rolle bzw. der Identität als potentielle Opferzeugin** ein“,*

schrrieb 1997 die seinerzeit in Frankfurt bestehende Beratungsstelle JISKRA, seinerzeit ein Kooperationsprojekt von FiM und der Organisation Agisra. (vgl. agisra, Jahresbericht 1997, S. 36) Es mutet in der Tat wie ein Umerziehungskonzept mit Gehirnwäsche an, als Niesner schrieb:

*„Es erfordert Zeit und Gespräche, bis die Frauen **ihre Situation im Milieu** – mit der sie sich persönlich oft resigniert abgefunden hatten – **als Zwangssituation begreifen** können.“*
(E. Niesner, Frauenhandel in Europa, 2001, S. 237)

Dieses **Umerziehungskonzept** ist seit 1999 die Geschäftsgrundlage der Polizeikooperation von FiM. Einen „**akzeptierenden Beratungsansatz**“ vermag man darin beim besten Willen nicht zu erkennen.

Dass das Konzept mit der gesellschaftlichen Realität über Kreuz ist und keinen Funken von Akzeptanz der betroffenen enthält, ist es zum Scheitern verurteilt. Auch dafür gibt es mittlerweile hinreichende Belege:

*„Den Frauen **fehlt oft ein Bewusstsein für die eigene Opfersituation**, sie sind **in psychosozialer Abhängigkeit zum Ausbeuter**, sie fühlen sich bedroht und haben Angst, sich zu wehren. Das Vertrauen zu Hilfeeinrichtungen oder aber zur Polizei fehlt.“*
(zit. nach E. Niesner, Armutsprostitution – eine gesellschaftliche Herausforderung, in: Zeitschrift für Menschenrechte 2/2014, S. 152)

*„Oft ist es schwierig, die Frauen zu motivieren, sich helfen zu lassen. **90 Prozent der Frauen, um die wir uns kümmern, wollen nicht aus ihrer Situation rausgeholt werden**“, erzählt Niesner. Die Frauen sind von ihren Zuhältern abhängig. Die Männer schlagen sie und drohen, ihren Familien zuhause etwas anzutun.“*

(https://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_menschenrechte/Prostitution/Interview/index.jsp, 09.07.2014)

*„Wir haben oft mit Opfern zu tun, die ausgebeutet werden, Geld abgeben und **sich trotzdem nicht aus ihrer Lage befreien.**“* FiM, so berichtet die Leiterin, führe im Jahr mehrere 1000 Kontaktgespräche mit Prostituierten, vor allem in Bordellen und auf dem Straßenstrich. Etwa 100 Frauen würden jährlich im Rahmen des Opferschutzprogrammes beraten und unterstützt, weil sie von Menschenhändlern ausgebeutet wurden. **Die Zahl der Frauen, die Opfer sind und ihre Zuhälter decken, sei aber weitaus größer.**“

(Quelle: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Prostitution-Menschenhandel-floriert-in-Frankfurt;art675,1382990>, 04.05.2015)

Vielfach wird die den Frauen zugeschriebene „Unfähigkeit“, sich aus Zwangssituationen in der Prostitution zu befreien, auf die „Zuhälter“ und den von ihnen angeblich ausgeübten Zwang zurückgeführt.

Dazu nur zwei Anmerkungen:

- (1) Hier wird systematisch ausgeblendet, was Niesner noch 1997 in Übereinstimmung mit der wissenschaftlichen Literatur zum Thema notierte:

*„**Nicht immer arbeiten Prostituierte mit Zuhältern zusammen.** Besteht eine Beziehung zu einem Zuhälter, so ist darin oft das Privatleben mit dem Geschäftsinteresse verknüpft. Die Beziehung kann auf Ausbeutung basieren, sodass die Frau unterdrückt und zur Arbeit gezwungen wird. Die Frau kann den Zuhälter jedoch auch **zu ihrem eigenen Schutz gesucht** haben, dann soll er ihr ermöglichen, anschaffen zu gehen. Oder sie will ihn als ‚**Prestigeobjekt**‘ haben und durch seine Aufmachung zeigen, dass sie für die Verhältnisse im Milieu gut verdient. **Zum andern kann die Beziehung zwischen Zuhälter und Prostituierte eine wie zwischen Eheleuten sein: die Beziehung ist dann von einem engen partnerschaftlichen Privatleben geprägt.**“*
(zit. nach: E. Niesner, 1997, Ein Traum vom besseren Leben, S. 152)

Solche Differenzierungen scheinen der Organisation FiM heutzutage eher lästig zu sein. Also schiebt man sie beiseite.

- (2) Die FiM-Argumentation enthält einen circulus vitiosus: Ist das Schweigen der Sexarbeiter/innen eine Folge des Umstands, dass sie von Zuhältern überwacht seien, und dies der Grund, warum sich die zunehmende Kriminalität im Prostitutionsgewerbe nicht in der Kriminalstatistik abbildet, dann wird das eigentlich zu Beweisende - die zunehmende Zahl und offensichtliche Machtfülle dieser „Zuhälter“ – in unzulässiger Weise Teil der Beweisführung. Logisch ein Unding, aber offenbar als eine das Handeln von FiM immunisierende Argumentationsstrategie bewährt.

Die nahe liegende Frage, warum ein offenkundig immer wieder aufs Neue scheiternde Konzept von öffentlichen Stellen gleichwohl bezuschusst und nicht hinterfragt wird, lässt sich leicht erklären: Wer migrantische Sexarbeiter/innen als absolut unfähig und hilflos stigmatisiert, liefert zumindest eine öffentlich vertretbare Rechtfertigung für paternalistische Handeln des Staates gegenüber den Sexarbeiterinnen – sie es in Form ständiger Razzien oder sei es in Gestalt des „Prostituiertenschutzgesetzes“.

Die Parteinahme von FiM für eine gesellschaftliche Kontrolle der Frauen in der Prostitution unter dem Label „Opferschutz“, der im Widerspruch zur Sichtweise der betroffenen Frauen erfolgt, ist allerdings das genaue Gegenteil von Neutralität.

5. FiM: Lobby-Organisation für eine staatliche Bevormundung von Sexarbeiter/innen

FiM hatte schon immer eine distanzierte bis ablehnende Haltung gegenüber Prostitution. Daraus ist mittlerweile jedoch eine **manifeste Prostitutionsgegnerschaft** geworden, die mit der geforderten **neutralen Haltung** gegenüber Sexarbeiter/innen im „Informations- und Beratungsgespräch“ **nicht vereinbar** ist.

Der **Wandel von FiM hin zu manifester Prostitutionsgegnerschaft** ergibt sich aus dem Vergleich der Positionen, die FiM-Geschäftsführerin Niesner 1997 vertreten hat, mit den Positionen, die gegenwärtig von FiM vertreten werden:

(1) Von der Gegnerschaft zur Befürwortung von Zwangsberatungen: 1997 galt für Niesner, dass „Integration nur unter der Vorgabe der Freiwilligkeit gelingen kann“. Deshalb lehnte sie damalige Handlungsempfehlungen hinsichtlich „Zwangsberatungen“ für Migrantinnen (in die Ehe) strikt ab, weil sie im Widerspruch zum „Prinzip der Freiwilligkeit“ stünden:

*„Damit sprechen wir uns deutlich **gegen eine Form der ‚Zwangsberatung‘** aus, wie sie in der Studie des Bundesministeriums für Frauen und Jugend (1992: 335) erwogen wurde. Wir gehen davon aus, dass **Integration nur unter der Vorgabe von Freiwilligkeit** gelingen kann und Zwangsmaßnahmen Diskriminierung und Abgrenzung verstärken.“*
(zit. nach Niesner, Ein Traum vom besseren Leben, S. 269)

Den Vorsatz, dass „Integration nur unter der Vorgabe der Freiwilligkeit gelingen kann“, hat man ganz offensichtlich – zumindest im Hinblick auf migrantische Sexarbeiter/innen – über Bord geworfen, sonst würde man sich heute nicht an Zwangsberatungen im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes beteiligen. Seinerzeit forderte Niesner: „Anonyme Beratungsmöglichkeiten für Prostituierte (Diese Forderung ist auch für Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten besonders wichtig.)“ (Ein Traum vom besseren Leben, S. 278) Heute beteiligt sich FiM am Zwangsouting von Sexarbeiter/innen im Kontext des Prostituiertenschutzgesetzes.

(2) Von der Forderung nach Gleichbehandlung zur Verteidigung rechtlicher Ungleichbehandlung von Prostituierten: 1997 orientierte sich Niesner noch am „Ansatz der Gleichberechtigung“:

*„Aus dem Ansatz der Gleichberechtigung leitet sich jedoch zugleich die Forderung ab, **die Ungleichbehandlung von Prostituierten gegenüber anderen Erwerbstätigen auszuräumen**. Die **rechtliche Diskriminierung von Prostituierten** trifft ausländische wie deutsche Frauen, die alle spezifische Nachteile in Kauf nehmen müssen.“*
(zit. nach Niesner, Ein Traum vom besseren Leben, S. 269)

Die rechtliche Diskriminierung von Prostituierten ist heute, kein Thema mehr bei FiM. Stattdessen beteiligt man sich aktiv an dieser rechtlichen Diskriminierung, was nicht nur die Ablehnung der Forderung nach „Anerkennung von Prostitution als Beruf“ durch FiM belegt (vgl. Niesner in: Prostitution – Zwang oder Beruf? S. 30 ff), sondern auch die Beteiligung und

Unterstützung von Forderungen des BKA, die diese Institution 2008 in den „Marburger Runden Tisches Prostitution“ einbrachte und die neben der gewerberechtlichen Anzeigepflicht für Prostitution zusätzliche Kontroll- und Regulierungsmöglichkeiten von Polizei- (!) und Ordnungsbehörden forderte.

(vgl. <https://www.fim-frauenrecht.de/images/pdf/Schlaglichter2008.pdf>, S. 5)

(3) Von der Ablehnung der Sperrgebiete zu ihrer Befürwortung:

Für Prostituierte forderte Niesner 1997:

*„Die arbeitsrechtliche Behandlung von Prostituierten als Erwerbsarbeit; Dazu würde auch die **Abschaffung von Sperrgebieten** gehören, wie sie bislang von Ländern und Kommunen über Regelungen im EGStGB eingeführt sind.“*

(zit. nach Niesner, Ein Traum vom besseren Leben, S. 269)

Mittlerweile begrüßt FiM die verschärfte Anwendung der Sperrgebietsordnungen auch auf nach außen nicht sichtbare Wohnungsprostitution:

*„Wohnungsprostitution kann in der Nähe von Wohngebieten verboten werden, urteilte das Bundesverfassungsgericht. Elvira Niesner, Geschäftsführerin der Beratungsstelle „Frauenrecht ist Menschenrecht“ fordert weitere Schritte... Elvira Niesner, Geschäftsführerin der Beratungsstelle „[Frauenrecht ist Menschenrecht](#)“ (FIM) sieht in der Entscheidung eine Möglichkeit für die Kommunen, Prostitution weiterhin räumlich zu ordnen... „Der Richterspruch ist insofern interessant, dass er die **räumliche Verordnung und Strukturierung von Prostitution** so ermöglicht, dass sie **sozial verträglich** gestaltet werden kann, für die Menschen in der Nachbarschaft, aber auch für die Frauen in der Prostitution selbst. Das alleine reicht aber nicht.““*

(Quelle: https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Panorama-2/Einschraenkung-von-Wohnungsprostitution-Keine-Privatbordelle-in-Wohngebieten-23401.html 19.12.2014)

(4) Von der Akzeptanz der mobilen Berufsausübung zur Befürwortung der Einschränkung der Mobilität von Frauen in der Prostitution:

1997 notierte Niesner über die Arbeitsbedingungen von migantischen Sexarbeiterinnen:

*„**Die Frauen zeigen ein großes Maß an Mobilität.** Manche der Gesprächspartnerinnen waren bereits in andern europäischen Ländern als Prostituierte tätig. Auf der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten kamen sie von Italien, der Schweiz, den Niederlanden und von Spanien in die Bundesrepublik.... **Mobilität gehört zu den heutigen Formen von Prostitution dazu**.... Hintergrund ist zum einen, dass die Besitzer der Etablissements ihren Kunden immer wieder neue Frauen bieten wollen. Zum anderen ist große Mobilität auch durch saisonale Schwankungen verursacht. Massenveranstaltungen in bestimmten Regionen, Messen und Touristensaisons liefern zeitlich begrenzt eine erhöhte Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen.“*

(zit. nach Niesner, Ein Traum vom besseren Leben, S. 159)

Heute sieht Niesner nur noch „vulnerable Frauen, die durch Händlernetzwerke zwischen den Regionen verschoben werden. Frauen sind nur noch passiv: „**Gewalt wird erduldet**“. Im Umkehrschluss gilt nun:

*„**Weniger mobile Frauen** verfügen über mehr regionale Kompetenz; ihr Wissen und ihre Kontakte führen zu größeren Handlungsmöglichkeiten.“*

(zit. nach Stellungnahme FiM, Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa, 21.05.2014, S. 6)

FiM fordert demgegenüber Maßnahmen, durch die die Frauen „in die Gesellschaft eingebunden“ werden:

*„Je besser die Frauen in das deutsche Rechtssystem, in soziale Unterstützungssysteme und **in regionale Strukturen eingebunden sind, umso weniger werden sich die Frauen durch Europa schicken lassen.**“*

(zit. nach Stellungnahme FiM, Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa, 21.05.2014, S. 5)

Die berufliche Bewegungsfreiheit bzw. Freizügigkeit soll exklusiv im Hinblick für Prostitutionsmigrantinnen eingeschränkt werden. Auch hier verbinden sich Prostitutionsgegnerschaft und Ausländerfeindlichkeit bis zur Kenntlichkeit.

(5) Von der Ablehnung einer Stigmatisierung von Migrantinnen zum Verbreiter negativ-abwertender Klischees und Stereotype über Prostitutionsmigrantinnen

1997 wandte sich Niesner noch gegen die Stigmatisierung von Migrantinnen in der Prostitution:

*„Teilweise wird Migrantinnen in der Prostitution generell die eigene **Entscheidungsfreiheit** für oder gegen die Sexarbeit **abgesprochen** (...) Denn die strukturellen Nachteile der Frauen – sowohl im Herkunftsland wie im Aufnahmeland – ließen ihnen keine wirkliche alternative und schafften zwangsläufig Arbeitsverhältnisse unter Bedingungen von Abhängigkeit und Ausbeutung. **Eine solche Haltung stempelt Migrantinnen in der Prostitution grundsätzlich zu Opfern von Menschenhandel...** Als Ergebnis wird ein aktives selbstbestimmtes Handeln der Frauen ausgeschlossen, sie selbst werden damit aber auch gleichzeitig **zum Opfer stigmatisiert**, sie werden zur Ware.“*

(zit. nach Niesner, Ein Traum vom besseren Leben, S. 12/13)

*„Genau dieses Selbstbestimmungsrecht erfahren die Frauen bislang nicht. Vielmehr wird ihnen **verallgemeinernd eine passive Rolle als Opfer zugewiesen** und sie werden gleich – als ‚gehandelte Frau‘ – wie eine käufliche Ware zum Objekt stigmatisiert. Zu diesen **Stereotypen und Klischees** gesellen sich häufig Projektionen aus männlichen Phantasien, die Frauen zu exotisch-gefügigen Lustobjekten degradieren. Die Frauen werden damit nicht nur aufgrund ihrer persönlichen Gewalterfahrung, sondern **qua Definition gesellschaftlich ausgegrenzt**. Ihre subjektive und objektive Lebensrealität wird über Zuschreibungen neu bestimmt.“*

(zit. nach Niesner, Ein Traum vom besseren Leben, S. 16/17)

Die zitierten Textpassagen lesen sich wie eine zeitlich vorweggenommene Kritik an der späteren Arbeit von FiM. **In der Tat erfüllt die Organisation FiM heute alle Punkte, die damals noch der Kritik anheimfielen und als „rassistische Klischees“ abgelehnt wurden. Wie in diesem Kontext eine Neutralität gegen Prostitution und Prostituierten vermutet werden kann, ist schleierhaft**

Für Niesner / FiM sind migrantische Sexarbeiter/innen heute allesamt Opfer, sei es von „Armutprostitution“ und/oder von „Menschenhandel“. Hat sich das Bild der Prostitutionsmigrantin als „Opfer“ im öffentlichen Diskurs erst einmal verfestigt, ist FiM nahezu jedes **Klischee und Vorurteil** recht, um das Stigma aufrechtzuerhalten.

Dies sei hier nur an einem Beispiel demonstriert. Der Frankfurter Kriminalhauptkommissar Jürgen Benz bereicherte die Öffentlichkeit über den grenzdebilen Wissenstand ausländischer Sexarbeiter/innen, indem er erklärte:

„Viele wissen nicht einmal, in welcher Stadt sie sind“, sagt Benz.“

(Quelle: <https://www.welt.de/regionales/hessen/article133559027/Frauen-verkaufen-Koerper- fuer-immer-weniger-Geld.html> 23.10.14

Ein Jahr später gab E. Niesner von FiM dasselbe noch einmal zum Besten:

„Viele Frauen wissen noch nicht einmal, in welcher Stadt sie sich gerade befinden“, erzählt die Soziologin und schüttelt dabei den Kopf, als könne sie es selbst nicht glauben.“

(Quelle: <http://www.fr.de/panorama/prostitution-die-angst-laeuft-immer-mit-a-489824>, 20.03.2015)

Ganz gleich, wer hier wem nachgeplappert hat: Da hier nicht von einzelnen, sondern unbestimmt von „**vielen Frauen**“ die Rede ist, könnte mit der zitierten Aussage die Mehrheit, tendenziell sogar nahezu jede ausländische Prostituierte gemeint gewesen sein. **So funktioniert Stigma**, d. h. die Markierung einer gesamten Berufsgruppe als kontroll- und überwachungsbedürftig.

Mit „Neutralität“ gegenüber Prostituierten hat das wenig, mit der gesellschaftspolitischen Absicht und Rechtfertigung einer weiteren Einschränkung der Rechte und Existenzgrundlagen von Sexarbeit jedoch viel zu tun.

Mittlerweile fordert FiM, dass Frauen die Ausübung der Prostitution erst ab 21 Jahren erlaubt sein soll und will damit volljährige Frauen staatlicher Vormundschaft unterstellen:

*„Die Altersgrenze zur Erwerbsarbeit in der Prostitution ist auf **21 Jahre**, z.B. als **Betreiberauflage**, zu erhöhen“, fordert FiM mit Verweis auf eigene Erfahrungen, wonach **„besonders junge Frauen die Tätigkeit in der Prostitution schlecht verkraften: Fehlende Lebenserfahrung, frühe Phase der Identitätsbildung, neurologische Entwicklungen...“** (zit. nach E. Niesner, Armutprostitution – eine gesellschaftliche Herausforderung, 2014, S. 152)*

Wie will FiM angesichts solcher bis heute nicht zurückgenommener Positionen in einem Informations- und Beratungsgespräch mit 18- bis 21-jährigen Sexarbeiter/innen „neutral“ gegenüberreten?

Das Plädoyer für die Entrechtung und staatliche Bevormundung von Sexarbeit, das in den hier aufgeführten Punkten zum Vorschein kommt, lässt eines sicher erscheinen: FiM bietet keine Gewähr für die staatlicherseits geforderte Neutralität bei „Informations- und Beratungsgesprächen“ von Sexarbeiter/innen im Kontext der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes.

6. Einseitiger Fokus auf Prostitutions-Ausstieg

Für die Organisation FiM geht es nach eigenem Bekenntnis darum, dass Frauen in der Prostitution

*„darin unterstützt werden müssen, den **Ausstieg aus der Prostitution** zu schaffen oder aber ein professionelles Selbstmanagement zu schaffen.“*

(Elvira Niesner, Stellungnahme FiM, 21.05.2014, S. 4)

Der Ausstieg aus der Prostitution steht für FiM erwartungsgemäß an erster Stelle. Das „professionelle Selbstmanagement“ hingegen erschöpft sich in Rechts- und Gesundheitsberatung, der Möglichkeiten zum Deutschunterricht und der Begleitung zu Behörden. Eine praxisnahe Einstiegsberatung basierend auf der Akzeptanz von Prostitution darf man sich darunter nicht vorstellen.

Die Arbeit von FiM wird auch in der Öffentlichkeit in erster Line als **Ausstiegsarbeit in prostitutionskritischem Kontext** wahrgenommen:

*„Seit 2007 ist die Initiative auch in Marburg tätig. Auf Anregung des Magistrats hatte die dortige Stadtverordnetenversammlung beschlossen, im Rathaus eine Beratungsstelle für Frauen in der Prostitution einzurichten. FiM will **Gewalt, Zwang, Ausbeutung und Fremdbestimmung in der Prostitution verhindern und professionelle Hilfe leisten für Opfer von Menschenhandel sowie für ausstiegswillige Frauen**. Die Mitarbeiterinnen sind regelmäßig in Marburger Rotlichtbetrieben unterwegs (Streetwork).“*

(Quelle: <https://www.giessener-allgemeine.de/regional/stadtgiessen/Stadt-Giessen-Ziel-Frauen-in-der-Prostitution-besser-beraten;art71,84124>, 23.08.2013)

Doch die Bilanz der FiM-Arbeit muss ausgehend von einer derart einseitig reduzierten Perspektive erwartungsgemäß ernüchternd ausfallen. So berichtete die Presse 2012 darüber, dass FiM innerhalb der ersten fünf Jahren in Marburg ganze 2 Frauen aus der Prostitution gerettet habe:

*„**Zwei Frauen** konnten die Marburger Straßensozialarbeiterinnen Doris Eckhardt und Encarni Ramirez Vega schon **aus der Prostitution heraushelfen**.“*

(Quelle: <https://www.hna.de/politik/sozialarbeiter-rotlicht-viertel-2265353.html>, 3.4.2012)

Das führte im Mai 2014 zu einer kontroversen Debatte im Marburger Stadtparlament. FiM hatte in Marburg nach eigenen Angaben im Jahr 2013 ganze 170 Beratungsgespräche, mithin 3 Gespräche pro Woche geführt, was Marburger Parlamentarier für eine dürftige Bilanz hielten. Immerhin hatte FiM allein in den ersten 7 Jahren seiner Arbeit in Marburg rund 300 000 Euro kassiert. Die SPD-Mehrheit im Marburger Stadtparlament konterte die Kritik damit, dass FiM nun **noch mehr als bisher ihre Ausstiegs-Propaganda verstärken** solle:

*„Das Stadtoberhaupt schätzt, dass die konkreten Ausstiegs-Angebote für Sex-Arbeiterinnen in der Vergangenheit zu schlecht präsentiert worden sein könnten. „Wenn wir in diesem Punkt besser arbeiten können, müssen wir das tun“, sagte er. So solle von der Hilfsorganisation Frauenrecht ist Menschenrecht (FiM) **künftig bei Prostituierten verstärkt für den Ausstieg aus dem Sex-Geschäft geworben werden**. Nach OP-Informationen soll den Frauen vor allem die Möglichkeit der anonymen, kostenfreien Unterbringung in einem geheimen Wohnhaus in Marburg angeboten werden.“*

(Quelle: <http://www.op-marburg.de/Lokales/Marburg/Bordell-Zoff-Vaupel-strebt-Loesung-an>, Mai 2014)

Von einer Kritik FiMs an dieser **einseitigen politischen Ausrichtung** ihrer Arbeit ist nichts bekannt. In Marburg ging man seinerzeit von 50 dort tätigen Sexarbeiter/innen aus. Das provinzielle Niveau der Debatte verdeutlicht der kleinliche Streit um die Zahl der von FiM „geretteten“ Prostituierten:

*„Irritation herrscht bei Josefa Zimmermann-Stroh von der „Bürgerinitiative gegen Bordelle“ angesichts der **Zahl der Aussteiger**. Offiziell ist von **vier Frauen seit 2007** die Rede. Während einer Veranstaltung 2013 in der Volkshochschule sprach FiM Besuchern zufolge jedoch von nur **einer Frau**, die es bis dato mit Hilfe der Organisation aus dem Sex-Sumpf schaffte. Woher die drei weiteren in der Statistik stammen, ist BI-Anhängern schleierhaft. Christa Winter erläutert am Rande des Sozialausschusses: Es habe sich um Opfer von Zwangsprostitution gehandelt, die **erst im Laufe des vergangenen Jahres gerettet** worden seien.“*

(Quelle: <http://www.op-marburg.de/Lokales/Marburg/Bordell-Zoff-Vaupel-strebt-Loesung-an>, Mai 2014)

Dass die Organisation **FiM in einseitiger Weise dem Ausstieg von Prostituierten verpflichtet** ist, belegte auch die Auseinandersetzung um den Nachtbus an der Frankfurter Theodor-Heuss-Allee. Der Nachtbus – ein Wohnmobil – war ursprünglich eine Forderung und Errungenschaft der Frankfurter Hurenbewegung für die Frauen am Straßenstrich. Ende 2016 wurde das Nachbus-Projekt, das mittlerweile von FiM-Mitarbeiterinnen betrieben wurde, von den verantwortlichen Politikern der CDU und der GRÜNEN – mit Zustimmung von FiM! – eingestellt. Dabei waren nicht nur die Kosten von 110.000 € pro Jahr dem Magistrat zu viel. Entscheidend war, dass mit FiM **keine Erfolge beim Ausstieg aus der Prostitution** zu verzeichnen waren:

*„Die Sozialarbeiterinnen im Bus machen sehr gute Arbeit“, sagt Ordnungsdezernent Frank. Für ihn war der Bus aber dennoch nur ein Experiment - eines, mit dessen Ergebnis er im August 2012 nicht zufrieden gewesen ist. **Er habe gehofft, dass der Bus den Frauen dabei helfe, aus der Prostitution auszusteigen, und diese Hoffnung habe sich nicht erfüllt, sagte Frank damals.**“*

(Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/nachtbus-nur-noch-bis-ende-2013-sozialkontrolle-fuer-den-strassenstrich-12288515.html>, 20.07.2013)

Ganz offenkundig hat die Organisation FiM Unzufriedenheit über die geringe Ausstiegs-Quote von Frauen am Straßenstrich geteilt und der Einstellung des Nachbusses auch noch selbst zugestimmt. Bloß Kaffee ausschenken und Kondome verteilen, wollte man offenkundig nicht. So hieß es drei Jahre später, als die Frage nach dem Nachtbus erneut in die Diskussion kam:

*„Majer erwiderte, die Forderung nach dem Einsatz des Busses greife zu kurz. Im Gespräch mit dem Verein habe er die Auskunft erhalten, **dass die Streetworkerinnen selbst das Angebot als problematisch empfunden hätten**. So sei eine echte Beratung in dem Bus nicht möglich gewesen, da häufig mehrere Frauen gleichzeitig das Fahrzeug aufgesucht hätten, um sich aufzuwärmen. „Das gab dann natürlich Probleme mit der Vertraulichkeit“, sagte Majer. Die Mitarbeiterinnen von „Frauenrecht ist Menschenrecht“ seien weiterhin regelmäßig in der Theodor-Heuss-Allee aktiv und suchten den Kontakt zu den Prostituierten, berichtete der Gesundheitsdezernent. „Der Bus hat sich aber nicht bewährt“, ergänzte Ursula auf der Heide (Grüne). **Das Fahrzeug sei zuletzt „nur noch Café und Kondomstation“ gewesen**. Zudem sei fraglich, ob es im Interesse der Stadtregierung sein könne, den Frauen*

Angebote zum Aufwärmen zu machen. Bei niedrigen Temperaturen sinke die Zahl der Prostituierten auf der Straße um die Hälfte. „Wollen wir dem entgegenwirken?“, fragte auf der Heide. Nico Wehnmann (Die Fraktion) sprang den Grünen bei. Er habe gute Kontakte zum Verein FiM: „**Die wollen diesen Bus nicht.**““

(<http://www.fr.de/frankfurt/sozialarbeit-in-frankfurt-kein-bus-mehr-fuer-prostituierte-a-731580>, 15.12.2016)

Die ablehnende Haltung von FiM bestätigte die GRÜNEN-Abgeordnete Ursula auf der Heide, die 2016 in einer aktuellen Stunde des Frankfurter Stadtparlaments zum Nachtbus erklärte:

„Es waren unter anderem die Fachleute von **FiM** und dem Frauenhaus, die jetzt und auch in anderen Bereichen mit einem Streetworking-Konzept unterwegs sind, **die das Konzept infrage gestellt haben.**“

(Quelle: Aktuelle Stunde: Nachtbus Prostituierte, <https://www.gruene-frankfurt.de/fraktion/.../nachtbus-prostituierte/?tx...tx...>)

Damit hat FiM die Frauen am Straßenstrich im Regen stehen lassen, weil ihnen der Schulterchluss mit den sie finanzierenden Parteien im Römer offenbar wichtiger war als die Interessen der Frauen am Straßenstrich, die den Nachtbus vermissen:

„Auch wenn Marila mit der Polizei zufrieden ist, die Stadt könnte noch mehr tun, findet sie. **Früher gab es den „Nachtbus“**, in dem heißer Tee, Kondome und belegte Brötchen angeboten wurden. Die Frauen konnten sich ein paar Minuten aufwärmen und ein Gespräch führen. Doch für das Projekt fehlt der Stadt mittlerweile das Geld.“

(Quelle: http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/auf-dem-strassenstrich-in-frankfurt-ist-das-leben-hart-14493944.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0, 24.10.2016)

Gescheitert ist letztlich nicht das Konzept eines Nachtbusses für den Straßenstrich, sondern die von FiM betriebene absurde Verzahnung mit der Idee des Ausstiegs aus der Prostitution. Diese Idee stand im Vordergrund:

„Dieses besonders niedrigschwellige Angebot hat das Ziel, die vor allem aus Bulgarien und Rumänien kommenden Frauen am Straßenstrich über Hilfsangebote bei Gewalterfahrungen, bei Zwang und Ausbeutung sowie über Möglichkeiten der **Unterstützung bei einem Ausstieg aus der Prostitution** zu informieren.“

(FiM, Schlaglichter 2012, S. 22, <https://www.fim-frauenrecht.de/images/pdf/Schlaglichter2012.pdf>)

Doch das insgesamt **einseitige Ausstiegs-Konzept von FiM** war auch dieses Mal wieder auf Sand gebaut und flopfte, weshalb das enttäuschte Ordnungsamt es nicht weiter unterstützen wollte. So schrieb FiM,

„dass viele der Migrantinnen in der Straßenprostitution **nicht dazu bereit oder fähig sind, sich aus ihrer Zwangs- oder Ausbeutungssituation zu lösen.** Entsprechend ist die **Kooperations- und Aussagebereitschaft** der (potentiellen) Verbrechenopfer gegenüber der Polizei gering.“

(FiM, Schlaglichter 2012, S. 23, <https://www.fim-frauenrecht.de/images/pdf/Schlaglichter2012.pdf>)

Von Seiten der betroffenen bekommt FiM für diese Strategie wenig Zustimmung:

„90 Prozent der Frauen, um die wir uns kümmern, wollen nicht aus ihrer Situation rausgeholt werden“, erzählt Niesner.“

(https://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_menschenrechte/Prostitution/Interview/index.jsp, 09.07.2014)

Und Ramírez Vega von FiM sagte im Hinblick auf das ständige Scheitern bei der Ausstiegs-Arbeit

„dass diese Problematik sowie die Vielzahl dieser Frauen FiM inzwischen fast überfordere.“

(Quelle: <http://abolition2014.blogspot.com/2015/06/sisyphosarbeit-gegen-das-elend-eine-fim.html>, 04.06.2015)

Wer wie FiM in migrantischen Prostituierten nur „potentielle Verbrechenopfer“ sieht und auf deren Ausstieg aus der Prostitution fokussiert, agiert nicht nur **einseitig und wenig neutral**, sondern schadet damit, weil permanent falsche Erwartungen geweckt werden vor allem bei jenen, die Prostituierte nur noch als Objekt der Rettung wahrzunehmen in der Lage sind.

Dass FiM sich mit seiner **einseitigen Ausstiegs-Orientierung** von der Perspektive der Betroffenen, um die es doch eigentlich gehen sollte, entfernt und sich von ihnen abwendet, wird dabei bewusst in Kauf genommen:

*„Ramirez leitet die Sozialberatung und ist zuständig für die Streetwork beim Verein „Frauenrecht ist Menschenrecht“ (FiM). **Wenn jemand aussteigen will, wird er von ihr unterstützt.** Aber sie bleibt realistisch: „Manchmal ist es so, dass die Frauen nach ein paar Tagen wieder an der Straße stehen.“ Entmutigen lässt sich Ramirez davon nicht - **sie weiß, dass die Frauen oft ganz anders auf die Welt schauen als sie.**“*

(Quelle: http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/auf-dem-strassenstrich-in-frankfurt-ist-das-leben-hart-14493944.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0, 24.10.2016)

Ergebnis: Gerade mit seiner von politischer Seite aufgedrängten einseitigen Ausstiegs-Orientierung handelt FiM wissentlich gegen die Sichtweise und die Interessen der Betroffenen und ist nicht bereit, eine gescheiterte Strategie grundlegend zu überdenken. Wahrlich eine schlechte Voraussetzung für die Annahme, FiM könne oder würde Prostituierten gegenüber neutral agieren.

7. FiM-Selbstverständnis: Jenseits von Neutralität gegenüber Prostitution

Es stellt sich die **Frage**, ob man der Organisation FiM überhaupt gerecht wird, wenn man deren Position gegenüber Prostitution und Prostituierten als „neutral“ bezeichnet, zumal diese Organisation selbst das niemals getan hat.

*„Feministisch orientierte Positionierungen bezüglich Prostitution waren historisch betrachtet bislang meist mit einer **kritischen, ablehnenden oder auch distanzierteren Haltung gegenüber dem Phänomen Prostitution** verbunden. Diese Haltung war mit Überlegungen hinsichtlich struktureller Benachteiligungen von Frauen begründet. **Prostitution** galt als **Ausdruck einer patriarchalischen Praxis**, das Rotlichtmilieu galt als Ort, an dem Frauen*

beispielhaft zum Objekt männlicher Sexualität und männlicher Dominanzansprüche reduziert wurden sind.“

(zit. nach: E. Niesner, Selbstverwirklichung oder Fremdbestimmung? Arbeits- und Gewaltverhältnisse in der Prostitution, in: Prostitution: Zwang oder Beruf?, 2006, S. 33)

FiM spricht von „frauenfeindlichen Strukturen, die Prostitution bedingen und frauenfeindlichen Auswirkungen, die mit der Erwerbsarbeit in der Prostitution verknüpft sind.“

Es ist das gute Recht von FiM, die Dinge so zu sehen. (Gleiches könnte man im Übrigen ebenso gegenüber Ehe und Familie einwenden, was FiM bezeichnenderweise unterlässt.) Doch eine Organisation mit derart dezidierten Anti-Positionen zu Prostitution als „neutral“ zu bezeichnen und mit der Durchführung von „Informations- und Beratungsgesprächen“ von Sexarbeiter/innen zu betrauen, ist abenteuerlich. Schon deshalb, weil FiM mit der seit 2002 geltenden rechtlichen Anerkennung von Prostitution als Beruf auf Kriegsfuß steht. So schreibt FiM beispielsweise:

*„Die ‚blind‘ geforderte **Anerkennung von Prostitution als Beruf verdeckt bestehende frauenfeindliche und entwürdigende Strukturen in der Prostitution und verhindert notwendige gesellschaftskritische Analysen zu Prostitution und dem Prostitutionsmarkt. Kritische, das Geschlechterverhältnis betreffende Frage werden **ausgeblendet.**“***

Für FiM

*„steht die **Anerkennung von Prostitution als Beruf dafür, die **Subjektivität und Selbstbestimmungsmöglichkeit** von Frauen mit einem regulären Aufenthaltsstatus **übermäßig zu betonen.**“ (S. 31)***

Offenbar hat FiM ein Problem mit der Anerkennung von Subjektivität und Selbstbestimmungsmöglichkeit von Frauen“ in der Prostitution, sofern diese als Beruf anerkannt und die Frauen einen regulären Aufenthaltsstatus haben. Was soll daran „neutral“ sein?

So verwundert es nicht, dass FiM offenbar nur auf den geeigneten Zeitpunkt wartet, um sich der Forderung nach einem Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen („Nordisches Modell“) anzuschließen. Nur so können die Einlassungen der FiM-Mitarbeiterin Encarni Ramirez Vega auf einer Diskussionsveranstaltung 2015 verstanden werden:

*„Trotz der abwehrenden Haltung FIMs zum Nordischen Modell erklärte Ramírez Vega, **dass FIM sich eine Welt ohne Prostitution wünsche...Eine junge Frau... befragte Frau Ramírez Vega, warum FIM, wenn sie sich eine Welt ohne Prostitution wünschten, nicht für das Nordische Modell einträten. Ramírez Vegas Antwort lautete: „Weil Deutschland **noch nicht so weit ist.**““***

(zit. nach: <http://abolition2014.blogspot.com/2015/06/sisyphosarbeit-gegen-das-elend-eine-fim.html>)

Es scheint mithin nur eine Frage der Zeit und der Opportunität, wann man gedenkt, der ohnehin schon grundsätzlich missbilligten „Käuflichkeit sexueller Dienstleistungen“ praktisch zu Leibe zu rücken. Mit der gesetzlich geforderten **Neutralität** bei „Informations- und Beratungsgesprächen“ für Sexarbeiter/innen im Zuge der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes ist eine solche Positionierung nicht vereinbar.